

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrücker, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2

Inserate für die viergespaltene Petzette ober deren Raum 80 Pfg.
Vergütungsangelegenheiten und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Der Parteitag in Jena.

Dem diesjährigen sozialdemokratischen Parteitag, der vom 10. bis 17. September abgehalten wurde, wohnt eine ganz besondere Bedeutung inne. Es war die letzte große Meeresfahrt vor den Reichstagswahlen und er hat, um es vorwegzunehmen, gezeigt, daß die stärkste Partei Deutschlands einig und geschlossen in den Wahlkampf zieht, erfüllt von dem Eifer, den schwarz-blauen Volksfeinden eine empfindliche Niederlage zu bereiten. Mögen auch innerhalb der Partei über die Behandlung dieser oder jener Frage Meinungsverschiedenheiten bestehen, über das zu erstrebende Ziel herrscht volle Einmütigkeit. Das weiß auch die bürgerliche Presse, so sehr sie sich auch bemüht, die Gegensätze innerhalb der Partei zu schüren und ihre Bedeutung zu übertreiben. Schon öfters ist von reaktionärer Seite angeregt worden, die Rundgebungen der Sozialdemokratie zu ignorieren und von ihren Parteitagen keine Notiz zu nehmen. Aber immer wieder zeigt es sich, daß die Durchführung einer solchen Absicht unmöglich ist. So haben die bürgerlichen Zeitungen auch diesmal wieder spaltenlange Berichte vom Parteitag gebracht; sie waren wider Willen dazu gezwungen durch die große Bedeutung, welche die Verhandlungen in Jena für die deutsche Politik haben.

Den Höhepunkt des Parteitages bildeten die beiden großen Reden, die Bebel über die Marokkoaffäre und über die Reichstagswahlen gehalten hat. Der alte Führer der Partei, den man schon totgesagt hatte, zeigte bei dieser Gelegenheit, daß er nicht nur noch lebt, sondern daß auch das Jugendfeuer der Begeisterung noch ungeschwächt in seinen Adern rollt. Bebels Marokkorede war in ihrem ersten Teil eine lauthelle Darstellung der Ursachen der Krise. Er zeigte, wie die Spekulation der Großindustriellen die Gefahr eines Weltkrieges heraufbeschworen und die Spannung erzeugt haben, welche ganz Europa seit Wochen in Atem hält. Dem Eindruck, den Bebels Schilderungen der Folgen eines Krieges hervorrief, werden sich auch jene Kreise nicht entziehen können, die so leichtfertig mit dem Feuer spielen. Wenn Reserve, Landwehr und Landsturm einberufen werden, stehen 5 bis 6 Millionen Männer unter den Fahnen. Das bedeutet eine Revolution in unseren gesamten sozialen Verhältnissen. Die Familien der einberufenen Arbeiter, und es handelt sich dabei um Millionen, haben nichts zu essen. Hunderttausende kleiner Gewerbetreibender stehen im Augenblick vor dem Bankrott. Der eintretende riesige Kurssturz bringt zehntausende wohlhabender Familien an den Bettelstab. Zu dem Stillstand der Fabriken und gewerblichen Unternehmungen kommt die Unterbindung der Zufuhr von Lebensmitteln. Eine allgemeine Hungersnot tritt ein. Bei der riesigen Arbeitslosigkeit braucht ein Massenstreik nicht erklärt zu werden, im Gegenteil, die Massen streuen nach Arbeit und Brot, die ihnen niemand bieten kann. — Wer wollte bestreiten, daß diese Folgen sich schon in den ersten Tagen der Mobilmachung bemerklich machen und daß die Not dann schnell ins tiefenhafte steigt? Und mit dieser Schilderung der Wirklichkeit vergleiche man das pseudopatriotische Lokalitätsgestammel der Firma Wehrens-Stegerwald-Bechtl!

Ebenso klar und logisch wie sein Vortrag über die Marokkofrage war Bebels Zeichnung unserer innerpolitischen Verhältnisse und der Schlussfolgerungen, die sich daraus für das Verhalten der Sozialdemokratie bei den nächsten Reichstagswahlen ergeben. Besonders drastisch wirkte das Charakterbild, das der Redner vom Zentrum entwarf, welches er mit Recht als die grundloslose Partei bezeichnete. Das Zentrum, welches heute am liebsten den „heiligen Krieg“ nach moslemischem Muster gegen die Sozialdemokratie predigen möchte, hat es früher mit seiner heiligemäßigen Frömmigkeit vereinbar gefunden, formelle Wahnbündnisse mit den Sozialdemokraten zu schließen. Ja, ein Hohepriester des Zentrums, der Erzbischof Wettinger von München hat, als er vor wenigen Jahren noch Bischof von Speyer war, es für angemessen gehalten, eine ihm heilige Stätte, den Dom zu Speyer, wo die alten deutschen Kaiser begraben liegen, als Pfand auszuliehen, um dort den Pakt mit dem Teufel zu unterzeichnen. Nach zentrumschriftlicher Anschauung ist ja doch wohl die Sozialdemokratie eine Erfindung und ein Werkzeug des Teufels. In diesem Sinne war dann der Vertragspartner des Bischofs im Speyerer Dom unser inzwischen verstorbener Freund Franz Josef Schwardt, ein Abgesandter des Teufels. —

Die nächste Reichstagswahl wird, darüber gibt es wohl heute nirgends mehr einen Zweifel, der Sozialdemokratie einen riesigen Stimmengewinn und eine bedeutende Ver-

mehrung der Mandate bringen. Dort, wo die Sozialdemokratie in der Stichwahl den Ausschlag gibt, wird sich ihre Front gegen die Reaktion richten. Wir erwarten hierbei keine Gegenleistung von den Liberalen, aber wenn es diesen mit ihren Deklamationen gegen den schwarz-blauen Block ernst ist, dann ist ihnen Gelegenheit geboten, den Mittlern und den Heiligen einen vernichtenden Schlag beizubringen. Die Wahlen im Januar 1912 werden auch über das Schicksal des Liberalismus in Deutschland entscheiden, aber die Entscheidung liegt in seiner eigenen Hand.

Gegenüber diesen beiden Punkten der Tagesordnung treten die übrigen Angelegenheiten, die auf dem Parteitag erörtert wurden, an Bedeutung zurück, wenn es sich auch bei ihnen keineswegs um gleichgültige Dinge handelt. Die Reichsversicherungsordnung, über welche Wollenbutz referierte, ist in den letzten Monaten in Wort und Schrift so eingehend behandelt worden, daß es schwer sein dürfte, diesem Thema noch eine neue Seite abzugewinnen. Daraus erklärt es sich auch wohl, daß die an das Referat anschließende Diskussion recht kurz war. Umfangreicher war die Diskussion über den von Adolf Geddestatteten Bericht der Reichstagsfraktion; sie zeigte aber, daß im allgemeinen über die Beurteilung der Tätigkeit der Fraktion und über die noch von ihr zu erfüllenden Aufgaben volle Einmütigkeit herrscht.

Die Behandlung der Frage der Maifeier durch den Parteitag, worüber Pfannkuch referierte, scheint uns nicht gerade sehr erhehend. Die Behauptung, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai an Umfang gewinnt, dürfte für einige Orte zutreffen, so allgemein aufgestellt, ist sie aber doch wohl etwas zu optimistisch. Irrtümlich ist auch die Behauptung Pfannkuchs, daß die Gewerkschaften die Unterstützung der Maiausgesperrten anstandslos übernommen hätten und daß dadurch Schwierigkeiten nicht entstanden seien. Nach dem zwischen Parteivorstand und Generalkommission getroffenen Abkommen ist die Unterstützungspflicht nicht den Gewerkschaften, sondern den besonderen Bezirksfonds zugewiesen und diese hatten bisher noch keine Gelegenheit, ihre Feuerprobe abzulegen. In der Diskussion handelte es sich hauptsächlich um die Frage, ob der in Nürnberg gefasste Beschluß, wonach die Beamten, Arbeiter und Mitglieder der Partei, welche am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall erleiden, verpflichtet sind, an die Partei- und Gewerkschaftskasse einen Tagesverdienst abzugeben, aufrechtzuerhalten ist. Das Ergebnis dieser Diskussion, welche mit der Sanktionierung des Nürnberger Beschlusses endete und weiter eine Verschärfung desselben dahingehend zeitigte, daß diejenigen, welche gegen den Beschluß verstoßen, aus der Partei ausgeschlossen werden, halten wir für wenig glücklich. Nicht, daß wir das Verlangen nach Ablieferung eines Tagesverdienstes an sich für unbedeutend halten, aber der Beschluß, der sich ja nicht nur auf die in der Arbeiterbewegung angestellten Beamten, sondern auf alle Arbeiter und Parteimitglieder bezieht, die am 1. Mai ohne Lohnausfall feiern können, wird manche recht unangenehme Auseinandersetzung zeitigen, so daß der moralische Nachteil, der den Organisationen daraus erwächst, in keinem rechten Verhältnis zu dem materiellen Gewinn steht, den der Beschluß der Kasse bringen soll.

Kurz vor dem Parteitag haben Streitigkeiten in der württembergischen Parteiorganisation, welche in der Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht“ ihren Ursprung hatten, viel Staub aufgewirbelt und es war zu erwarten, daß sie in Jena einen Nachhall finden. Dem ist allerdings bis zu einem gewissen Maße vorgebeugt worden, aber die hierbei angewendeten Mittel können unseren Beifall nicht finden. Wenn vereinbart war, daß die vorgelegte Resolution, deren Wortlaut von beiden Seiten akzeptiert werden konnte, ohne Debatte nach einer Begründung anzunehmen ist, welche auf die materiellen Vorgänge in Württemberg nicht eingeht, dann war dieser Pakt in dem Augenblick zerrissen, als er von der einen Seite nicht gehalten wurde. Nachdem der Präsident die Angriffe auf den Gegner bei der Begründung der Resolution nicht verhindert hat, hätte es die Berechtigung erfordert, auch die andere Seite zum Wort kommen zu lassen.

Haben so die württembergischen Streitigkeiten auf dem Parteitag nur eine unzureichende Beleuchtung erfahren, so brachten die ersten beiden Verhandlungstage um so schärfere Auseinandersetzungen, die, etwas ungewohntes auf sozialdemokratischen Parteitagen, an den Bericht des Vorstandes anknüpften. Dem Vorstand wurde in der Marokkofrage mangelnde Initiative vorgehalten. Ein weiterer Vorwurf resultierte aus den Nachwehen des Buchdruckerstreiks in Berlin. Als Ergebnis der Beratungen zwischen Generalkommission und Parteivorstand hatte

lehterer an die Parteireaktionen ein nur zur Kenntnisnahme bestimmtes Zirkular verfaßt, in welchem der Kontrahent wurde, den einige Parteiblätter in der Sache angegriffen hatten. Durch eine noch nicht aufgeklärte Indiskretion ist dieses Zirkular in die Öffentlichkeit gekommen und hat heftige Prekerdierungen hervorgerufen, die nun auf dem Parteitag ihren Nachhall fanden. Nebenher ging der ziemlich allseitig befürwortete Wunsch, den Parteivorstand zu verstärken und die Parteileitung eventuell zu reformieren. Dieser letzteren Anregung wurde Folge gegeben durch die Wahl einer Kommission, welche dem nächsten Parteitag Vorschläge unterbreiten soll. Auch eine Vermehrung der Zahl der Vorstandsmitglieder wurde beschlossen. An Stelle von Singer wurde zum Vorsitzenden neben Bebel G. A. S. Königsberg gewählt. Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt und dazu als weitere Sekretäre Scheidemann, Kassel und Traun-Königsberg.

Die Diskussion über die erwähnte Gewerkschaftsfrage und die Stellung des Parteivorstandes in der Marokkoangelegenheit führte zu einigen recht scharfen Auseinandersetzungen, doch wurden schließlich die gegen die Parteileitung gerichteten Tadelresolutions, in der sicheren Voraussicht, daß sie mit erdrückender Mehrheit abgelehnt würden, vor der Abstimmung zurückgezogen.

War schon diese Diskussion an sich etwas Ungewohntes, so gilt das in noch weit höherem Grade für die Gruppe der Redner, welche die Diskussion ergab. Es war nicht mehr die gewohnte Scheidung zwischen „Mahlalalen“ und „Revisonisten“, die Angriffe kamen vom äußersten linken Flügel der Partei und der angegriffene Parteivorstand fand energische Unterstützung bei den „Revisonisten“. Es wäre verfrüht, aus dieser neuen Orientierung der Geister innerhalb der Partei Schlüsse für die Zukunft zu ziehen. Aber die Hoffnung, daß hier vielleicht Ansätze zu einer Gesundung der Parteiverhältnisse zu suchen sind, scheint doch nicht ganz unbegründet.

Die scharfen Worte, die auf dem Parteitag gewechselt wurden, nehmen wir nicht tragisch, obwohl es für die Sache sicher förderlicher wäre, wenn die Diskussionen in konzilianteren Formen geführt würden. Wie die Sozialdemokratie sich wesentlich von allen anderen Parteien unterscheidet, so auch ihre Parteitage. Es sind weder auf den äußeren Schein berechnete Paradedarstellungen, wie die auf den Namen Katholikentage getauften Zentrumsparteitage, noch werden bei ihnen, wie das bei den bürgerlichen Parteien üblich ist, die Meinungsverschiedenheiten hinter verschlossenen Türen erörtert. Die Verhandlungen der sozialdemokratischen Parteitage werden in aller Öffentlichkeit geführt, und es ist ein Zeichen für die Stärke der sozialdemokratischen Partei, daß sie die öffentlich geführten Diskussionen nicht zu scheuen hat. Und so werden auch die in Jena gepflogenen Auseinandersetzungen der Partei nicht zum Nachteil gereichen. Im Gegenteil, der Parteitag hat wiederum gezeigt, daß, wo es gilt, die Sache des Sozialismus zu fördern, alle Angehörigen der Partei einig sind. Das berechtigt uns, den kommenden Kämpfen, insbesondere aber der nächsten Wahlschlacht, hoffnungsfreudig entgegenzusehen.

Die Reichsversicherungsordnung.

7. Die Invaliden- und Altersversicherung.
wk. Das vierte Buch der Reichsversicherungsordnung umfaßt die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Die Hinterbliebenenversicherung ist die einzige wesentliche Erweiterung dieses Zweiges der Arbeiterversicherung. In materieller Hinsicht ist sie allerdings außerordentlich dürftig ausgefallen. Ihre Bedeutung liegt mehr in der prinzipiellen Anerkennung der staatlichen Pflicht, die Hinterbliebenen zu versorgen. Von den Kämpfen der Zukunft wird erst eine befriedigende materielle Ausgestaltung der Hinterbliebenenversicherung abhängen. Die Einzelheiten dieser neuen Einrichtung sollen im nächsten Artikel näher dargelegt werden. Heute wollen wir uns die Invaliden- und Altersversicherung in ihrer künftigen Gestaltung einmal genauer ansehen, wobei freilich die Hinterbliebenenversicherung zum Teil gleich mitgestreift werden muß.

Die wesentlichste Aenderung der Invalidenversicherung besteht in der Erhöhung der Rente für Invaliden mit Kindern unter 15 Jahren und in der Einführung von sogenannten Zusatzrenten, durch die gleichfalls eine Erhöhung der Invalidenrente erzielt werden kann. Der Umfang der Versicherung hat nicht die Ausdehnung erfahren, die unbedingt gewünscht werden mußte. Der sozialdemokratische Antrag, alle Personen für versicherungspflichtig zu erklären, die in eine versicherungspflichtige Beschäftigung eintreten, wurde vom Zentrum, den Konservativen und den Nationalliberalen abgelehnt

und von derselben Mehrheit wurden Personen unter 16 Jahren von der Versicherungspflicht ausgeschlossen. Bei Handlungsgehilfen und sonstigen Angestellten ist die Versicherungspflicht beschränkt auf Personen mit weniger als 2000 Mk. Jahreseinkommen. Die Sozialdemokraten hatten die Grenze von 5000 Mk. beantragt und wollten damit zugleich auch die Privatangestellten in die Versicherung einbeziehen; sie blieben aber in der Minderheit. Mit der Verbeibaltung der Einkommensgrenze von 2000 Mk. hat die Reichstagsmehrheit aufs neue gezeigt, daß sie für die seit Bestehen der Invalidenversicherung eingetretene Verringering des Geldwertes kein Verständnis hat, sobald Arbeiterinteressen in Frage kommen. Die in die Krankenversicherung nun glücklicherweise einbezogenen Hausgewerbetreibenden sind in die Invalidenversicherung nicht durch Gesetz allgemein hereingegenommen, sondern der Bundesrat kann die Versicherungspflicht für bestimmte Berufszweige beschließen. Ebenso kann der Bundesrat Gewerbetreibende und andere Betriebsunternehmer bestimmter Berufszweige für versicherungspflichtig erklären. Wenn eine Volksschicht der Wohlhaben der Versicherung dringend bedarf, so sind es die Hausgewerbetreibenden, die unter den elendesten Verhältnissen leben und unter der gefährlichsten Proletariatskrankheit, der Tuberkulose, am furchtbarsten leiden. Voraussetzung der Versicherung ist für alle Personen, daß sie gegen Entgelt beschäftigt werden. Eine Beschäftigung, für die als Entgelt nur freier Unterhalt gewährt wird, ist versicherungsfrei. Bei der Krankenversicherung spielt für die Versicherungspflicht das Alter keine Rolle, und es sind Lehrlinge auch versicherungspflichtig, wenn sie keinen Lohn oder kein Postgeld beziehen. Es fehlt also auch hier wieder an der Einheitlichkeit.

Berechtigt zum Eintritt in die Versicherung (Selbstversicherung) sind bis zum vollendeten 40. Lebensjahr Betriebsbeamte, andere Angestellte in ähnlicher gehobener Stellung, Handlungsgehilfen usw., sofern ihr Einkommen mehr als 2000 Mk., aber nicht mehr als 3000 Mk. beträgt, ferner Gewerbetreibende und andere Betriebsunternehmer, die höchstens 2 Versicherungspflichtige beschäftigen, endlich Personen, die nur gegen freien Unterhalt beschäftigt werden. Beim Ausscheiden aus einem die Berechtigung begründenden Verhältnis können alle diese Personen ihre Selbstversicherung fortsetzen.

Freiwillig fortsetzen kann die Versicherung (Weiterversicherung), wer aus einem versicherungspflichtigen Verhältnis ausscheidet. Bei der Fortsetzung der Selbstversicherung und bei der Weiterversicherung scheidet die Einkommensgrenze völlig aus, sie gilt nur für die Begründung des Versicherungsverhältnisses.

Vollständig unberändert geblieben ist die mit einer kleinen Abweichung schon im Jahre 1899 geschaffene Einteilung der Lohnklassen, von denen die Höhe der Beiträge und die Höhe der Rente abhängig ist. Auch hier ist wieder der gestiegene Geldwert unberücksichtigt geblieben. Nach der Höhe des Jahresarbeitsverdienstes werden für die Versicherten folgende Lohnklassen gebildet:

Klasse I bis zu 850 Mk.	
II von mehr als 850 bis zu 550 Mk.	
III " " " 550 " " 850	
IV " " " 850 " " 1150	
V " " " 1150 Mk.	

Für die Zugehörigkeit der Versicherten zu den einzelnen Klassen ist aber nicht die Höhe des tatsächlichen Jahresverdienstes, sondern ein Durchschnittsbetrag maß-

gebend. Im einzelnen gilt als Jahresarbeitsverdienst: 1. für die Mitglieder einer Krankenkasse das Dreihundertfache des Grundlohnes, 2. für die Seeleute der vom Reichstag festzusetzende Durchschnittsbetrag, 3. im übrigen der dreihundertfache Betrag des Ortslohnes, soweit das Oberversicherungsamt für einzelne Berufszweige nichts anderes bestimmt. Abgelehnt wurde von der oben genannten Mehrheit der sozialdemokratische Antrag, wonach der tatsächliche Verdienst, der fast stets höher ist wie der Ortslohn, bei der Zuweisung in die Lohnklassen maßgebend sein soll. Abgelehnt wurde ferner der Antrag, noch drei weitere Lohnklassen zu bilden bis zu einem Jahresarbeitsverdienst von 2650 Mk.

Die Invalidenrente erhält ohne Rücksicht auf das Lebensalter der Versicherte, der infolge von Krankheit oder anderen Gebrechen dauernd invalide ist. Wer sich vorläufig invalide macht, verliert den Anspruch. Als invalide gilt, wer nicht mehr imstande ist, durch eine seinen Kräfte und Fähigkeiten entsprechende Tätigkeit ein Drittel dessen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend zu verdienen pflegen. Nur den sozialdemokratischen Antrag, daß als invalide schon gelten soll, wer nicht mehr die Hälfte seines normalen Verdienstes erreicht, war die Mehrheit nicht zu haben. Invalidenrente erhält auch der Versicherte, der nicht dauernd invalide ist, aber während 26 Wochen ununterbrochen invalide gewesen ist oder nach Wegfall des Krankengeldes noch invalide ist, für die weitere Dauer der Invalidität (Krankensrente). Die Gewährung der Invalidenrente soll sich stets an die Krankenfürsorge anschließen, was bisher nicht der Fall war.

Um Invalidenrente beanspruchen zu können, müssen, wenn auf Grund der Versicherungspflicht mindestens 100 Beiträge geleistet worden sind, 200, andernfalls 500 Beitragswochen nachgewiesen werden.

Altersrente erhält der Versicherte, der das 70. Lebensjahr vollendet hat und noch nicht invalide im Sinne des Gesetzes ist. Alle Parteien des Reichstages haben schon bei früheren Gelegenheiten abwechselnd den Antrag gestellt, die Altersgrenze auf das 65. Lebensjahr herabzusetzen. Wie ernst es den Parteien mit diesem Bestreben war, zeigten sie jetzt durch die Ablehnung desselben von den Sozialdemokraten gestellten Antrages. Die Herrschaften heucheln jeweils so lange Arbeiterfreundlichkeit, als es nicht ernst wird. Einige Nationalliberale und Zentrumsteile stimmten für den Antrag in dem sicheren Bewußtsein, daß er eine Mehrheit nicht finden werde, da ja die Regierung ihr „Unannehmbar“ ausgesprochen hatte. So bleibt es also dabei, daß die Arbeiter Altersrentner werden können zu einer Zeit, wo die große Mehrzahl von ihnen längst gestorben ist. Als billiger Trost wird der Arbeiterschaft der Beschluß vorgeschlagen, daß die Vorschriften über die Altersgrenze dem Reichstag im Jahre 1915 zur erneuten Beratung vorgelegt werden sollen. Damit er dann wiederum die Herabsetzung ablehnt!

Der Anspruch auf Altersrente ist abhängig von der Leistung von wenigstens 1200 Wochenbeiträgen. Allen denen aber, die beim Inkrafttreten des Gesetzes (1889) das 40. Lebensjahr überschritten hatten, werden für jedes Jahr 40 fingierte Beiträge gutgerechnet. Wer also damals 45 Jahre alt war, erhielt 5 x 40 = 200 Beiträge gutgeschrieben, er muß aber in den letzten drei dem Inkrafttreten des Gesetzes vorangegangenen Jahren eine versicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt oder in den ersten 5 Jahren des Gesetzes wenigstens 200 Beiträge geleistet haben. Soll

die Anwartschaft beim Austritt aus dem versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis nicht verloren gehen, so müssen die Bestimmungen über die Weiterversicherung, auf die hier nicht im einzelnen eingegangen werden kann, genau beachtet werden.

Zu zwei Punkten hat die Reichstagsmehrheit das Invalidenversicherungsgesetz dazu benützt, der Reichskasse Vorteile zu bieten. Jeder Versicherte gilt für die Dauer seiner Militärdienstzeit als in der zweiten Klasse versichert. Wöchentlich sind für ihn 8 Pfennige zu zahlen, die bisher das Reich leistete, während sie künftig von den Versicherungsanstalten zu tragen sind. Der zweite Punkt besteht in der Verpflichtung der Versicherungsanstalten, wenigstens 1/4 ihres Vermögens in Anleihen des Reichs oder der Bundesstaaten anzulegen. Die Wirkung wird sein, daß der Geldmarkt eine Verringerung zugunsten des Staates erfährt. Die von den Sozialdemokraten geforderte Pflege des Wohnungswesens wurde dagegen abgelehnt.

Eine sehr bedenkliche Verschlechterung des bisherigen Zustandes bringen die Bestimmungen über das Selbstverfahren, das die Versicherungsanstalten einleiten können, aber nicht müssen. Die Mehrheitsparteien hatten zunächst beschlossen, daß nicht mehr als 7 Proz. der Beitragsentnahmen für Selbstverfahren ausgegeben werden dürfen. Die Empörung, die dieser Beschluß hervorrief, bewirkte, daß die Mehrheit ihm schließlich eine andere Fassung gab, mit der aber derselbe Zweck erreicht werden kann. Die Aufsichtsbehörde hat nämlich den Voranschlag der Versicherungsanstalt darauf zu prüfen, ob die Leistungsfähigkeit der Versicherungsanstalten zur Erfüllung ihrer obliegenden gesetzlichen Verpflichtungen nicht gefährdet wird. Die Aufsichtsbehörde kann also die sehr wohlwollende Einrichtung des Selbstverfahrens nach Belieben einschränken, und sie wird künftig wohl nicht mehr dulden, daß die Versicherungsanstalt Berlin, wie im Jahre 1909, von rund 10 Millionen Mark mehr als 25 Millionen für Selbstverfahren ausgibt.

Die Berechnung der Renten geschieht nach einem ziemlich verwickelten Verfahren. Zunächst leistet das Reich den sogenannten Reichszuschuß, der beträgt jährlich 60 Mk. für jede Invaliden-, Alters-, Witwen- und Waisenrente und 25 Mk. für jede Waisenrente, einmaltig 60 Mk. für jedes Witwengeld und 16 2/3 Mk. für jede Waisenaussteuer. Die Versicherungsanstalt leistet bei den Invalidenrenten einen Grundbetrag und einen Steigerungssatz; bei den Renten der Hinterbliebenen, den Witwengeldern und Waisenaussteuer einen Teil des Grundbetrags und der Steigerungssätze; bei den Altersrenten einen festen Jahresbetrag. Der Grundbetrag wird nach 500 Beitragswochen berechnet. Für jede Beitragswoche werden angelegt in der Lohnklasse I 12 Pf., II 14 Pf., III 16 Pf., IV 18 Pf., V 20 Pf. Der Steigerungssatz beträgt für die einzelnen Lohnklassen 3, 6, 8, 10 und 12 Pf. Die hiernach sich ergebende Rente erhöht sich durch eine Verringerung gegenüber dem bestehenden Zustand bis zum anderthalbfachen Betrag der Rente, wenn der Rentempfänger Kinder unter 15 Jahren hat. Für jedes Kind erhöht sich die Rente um ein Bechtel.

Die Berechnung der Altersrente vollzieht sich etwas einfacher. Neben dem Reichszuschuß von 50 Mk. beträgt der Anteil der Versicherungsanstalt in der I. Lohnklasse 60, in der II. 90, in der III. 120, in der IV. 150 und in der V. 180 Mk. Die Altersrente kann also im Höchstfall im ganzen betragen 230 Mk.

Eine künstliche Erhöhung der sehr niedrigen Invalidenrente kann erzielt werden durch die neue freiwillige

Die Geschichte der Hamburger Arbeiterbewegung.

Unsere politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen haben sich binnen wenigen Jahrzehnten riesenhaft entwickelt und ihr Wachstum geht unaufhaltbar vorwärts. Die Generation derer, die an der Wiege der modernen Arbeiterbewegung gestanden haben und aus eigener Erinnerung von den Schwierigkeiten berichten können, welche die junge Arbeiterbewegung zu überwinden hatte, stirbt allmählich aus. Der Nachwuchs, der sich mit Lust und Liebe der Sache der Arbeiter widmet, hat aber ein begreifliches Interesse, den Weg kennen zu lernen, den das frühere Geschlecht zurückgelegt hat. Die Geschichte ist eine gute Lehrmeisterin. Wer die Vorgänge vergangener Zeiten, ihre Ursachen und Folgen kennt, wird um so leichter die Bahn finden, die zum Ziele führt.

Eine wirklich brauchbare Geschichte der Arbeiterbewegung zu schreiben, ist schwerer als es manchem scheinen mag. Das liegt an zwei sich anscheinend widersprechenden Gründen, nämlich an der Menge des zu bearbeitenden Stoffes und an der Schwierigkeit der Beschaffung der erforderlichen Materialien. In der Jugendzeit der Organisationen hat man auf das systematische Sammeln von Schriftstücken und Druckstücken wenig Wert gelegt und in den folgenden Sturmzeiten ist vieles, was gesammelt war, in alle Winde zerstreut oder auch ganz vernichtet worden. Die Reste erneut zu sammeln, kostet viel Mühe und Fleiß. Zum Verständnis der Geschichte der Arbeiterbewegung genügt aber nicht die Aneinanderreihung bestimmter Namen und Daten, die wirtschaftlichen Verhältnisse der in Betracht kommenden Zeitalter müssen erforscht und ihr Einfluß auf die Vorgänge in der Arbeiterbewegung muß klargelegt werden. Nur so kann ein Geschichtsbild zustandekommen, welches berechtigten Anforderungen genügt.

Als grundlegendes Werk seiner Art kann Mehrings Geschichte der deutschen Sozialdemokratie angesehen werden, die aber in ihren vier Bänden doch nur einen äußeren Umriß der Entwicklungsgeschichte der Arbeiterbewegung gibt. Sie läßt noch Raum genug für die Erforschung und Beschreibung einzelner Spezialgebiete. Soweit die Gewerkschaftsgeschichte in Betracht kommt, haben einzelne Organisationen schon recht Hervorragendes geleistet. Es könnte aber fast scheinen, als sei die Aufgabe, die Geschichte der Arbeiterbewegung an einem einzelnen Ort oder für ein umgrenztes Industriegebiet zu schreiben, noch schwieriger, als die Darstellung der Geschichte einer Gewerkschaft. Sieht man von einigen Gelegenheitschriften ab, die auf wissenschaftlichen Wert keinen Anspruch erheben, dann ist unseres Wissens Bernsteins dreibändige Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung das einzige bisher er-

schienene Werk dieser Art, dem sich nunmehr die von Dr. Laufenberg bearbeitete Geschichte der Hamburger Arbeiterbewegung würdig zur Seite stellt.

Der jetzt vorliegende erste Band dieses Geschichtswerkes umfaßt die Zeit bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes. Er ist das Ergebnis einer dreijährigen Arbeit, welcher sich der Verfasser im Auftrage der Hamburger Parteiorganisation unterzogen hat. Die lange Zeitdauer, welche die Fertigstellung des Werkes erforderte, wird im Vorwort mit der Größe des zu bewältigenden Stoffes und dem Mangel wissenschaftlich brauchbarer Vorarbeit auf dem Gebiete der Hamburger Stadtgeschichte begründet. Aber auch die Beschaffung des speziellen Materials zur Darstellung der Entwicklungsgeschichte der Arbeiterbewegung dürfte manche Schwierigkeiten verursacht haben.

Nach der landläufigen Vorstellung, die insbesondere auch in den Schulen gelehrt wird, ist die Weltgeschichte das Werk einzelner großer Männer; die Fürsten insbesondere werden gern als Helden dargestellt, die den Gang der Geschichte bestimmen. Es ist das Verdienst von Karl Marx, dem Vorläufer der Sozialdemokratie, gezeigt zu haben, daß nicht einzelne Männer, und seien sie noch so hoch gestellt, sondern die wirtschaftlichen Verhältnisse den Gang der Geschichte bestimmend beeinflussen. Gerade an der Arbeiterbewegung läßt sich die Richtigkeit der materialistischen Geschichtsauffassung mit besonderer Deutlichkeit demonstrieren. Die Tatsache, daß die geschichtliche Entwicklung in erster Linie von den wirtschaftlichen Verhältnissen bedingt ist, schließt natürlich nicht aus, die Bedeutung einzelner hervorragender Männer für die Bewegung anzuerkennen. Und so läßt auch Laufenberg, trotzdem er in seinem Werk auf die Beschreibung der wirtschaftlichen Verhältnisse den Hauptwert legt, doch der Bedeutung der führenden Personen volle Gerechtigkeit widerfahren.

Das Buch beginnt mit einer Schilderung der Bedeutung Hamburgs für das Wirtschaftsleben zum Ausgang des Mittelalters, dann werden die politischen Verhältnisse des Gemeinwesens dargestellt, und eine Beschreibung der Schädigungen, die Hamburgs Handel durch die von Napoleon verfügte Kontinentalzölle erfuhr, und der Not, von welcher infolge dessen vornehmlich die arbeitende Bevölkerung Hamburg heimgesucht wurde, bildet den Schluß der Einleitung. In den weiteren Kapiteln wird insbesondere die Wirtschaftsgeschichte Hamburgs und seiner Umgebung dargestellt. Aus dieser lernen wir die Triebkräfte kennen, die für die politischen Umwälzungen maßgebend waren, welche

*) Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgegend. Von Dr. G. Laufenberg. Verlag der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co. in Hamburg. Erster Band. Preis gebunden 10 Mk.

das neunzehnte Jahrhundert gebracht hat. Daß hierbei die Lage der Arbeiter und die Masse, welche die Arbeiterschaft bei den Vorgängen spielte, besonders eingehend gezeichnet wird, braucht wohl kaum hervorgehoben zu werden.

In Hamburg und Umgebung fanden die Lehren Lassalles sehr zeitig einen guten Resonanzboden. Wer sich für die Geschichte des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, die Aufspaltung von demselben unter der Leitung der Gräfin Haffeld, die Gründung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die Fraktionskämpfe und die schließlich Vereinigung der streitenden Brüder interessiert, wird in Laufenbergs Arbeit reiches Material finden. Aber nicht nur für die Geschichte der politischen Organisation der Arbeiterklasse ist Hamburg von hervorragender Bedeutung, nicht minder wichtig ist seine Rolle für die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Laufenberg ist den wirtschaftlichen Kämpfen und den Organisationsbestrebungen der verschiedenen Gewerkschaften mit besonderer Liebe nachgegangen, und den Geschichtsschreibern der Gewerkschaften dürfte das Buch manche dankenswerte Anregung bieten.

Wenn Hamburg auch eine freie Stadt heißt, so war doch dort von einer Freiheit, zumal für die Arbeiter, niemals die Rede. Vom Ende des achtzehnten bis weit über die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts hinaus dauerten die Kämpfe der Handwerksgehilfen um die Befreiung von der Vormundschaft der Zünfte. Schon im Jahre 1791 wurden dieserwegen eine Reihe von Streiks geführt, aber noch im Jahre 1865 konnte es vorkommen, daß mehrere Schuhmachergehilfen über die Grenze gebracht wurden, weil sie, entgegen den Zunftgesetzen, in Privatlagas gewohnt hatten, statt sich bei Meistern oder Inzessionierten Schuhhültern einzukartieren.

Sind die Zwangsgesetze gegen die Arbeiter auch später gefallen, so bedurfte es doch vieler und hartnäckiger Kämpfe, um eine Verringerung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter der verschiedenen Kategorien herbeizuführen. Es werden eine ganze Reihe von Streiks erwähnt, von welchen wohl der große Streik in der Lauensteinischen Wagenfabrik im Jahre 1869 als der bedeutendste bezeichnet werden kann. Ein Eingehen auf Einzelheiten müssen wir uns versagen. Um so angelegentlicher möchten wir das Studium des Werkes selbst empfehlen. Interessiert die Geschichte der Arbeiterbewegung in ihrer Vaterstadt in erster Linie die Hamburger Arbeiter, so wird doch das Buch auch anderwärts mit Nutzen gelesen werden.

Das einzige, was wir an ihm aussetzen hätten, wäre der Mangel an Illustrationen. Unseres Erachtens hätte es durch die Beigabe zeitgenössischer Bilder wesentlich gewonnen.

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zuzug ist fernzuhalten von:
 - Eislern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Adorf im Vogtland (Möbelfabrik Bleher u. Dörfler), Aue im Erzgebirge, Berlin-Niederschönhausen (Freese), Blaubeuren (Schmid), Dangig (Bilinski), Dieffen a. Ammersee (Fruth u. Konriner), Diepholz, Eisenach (Fahrzeugfabrik), Gotha, Hamburg, Königsberg i. Pr. (Waggonfabrik Steinfurt in Natshof), Lauterberg a. S., Neuenburg in Oldenburg (Dietz Müller), Neustadt in Westfalen, Neusalz (Erichsen), Ottweiler, Pargim, Basewall, Traunstein (Müller), Warmbrunn (Gräf. Schaffgotscher Betrieb), Wolfenbüttel, Worms, Zabern (Ruhn).
 - Remmachers nach Berlin (Bloch).
 - Möbelfachern nach Altenburg (Sachsen-Altenburg), Chemnitz, Dresden, Düsseldorf, Silberfeld, Gera, N. i. L., Gotha, Leipzig, Offenbach (Maier u. Schmidt), Saalfeld, Schmiedeberg, Bezirk Dresden.
 - Parteiliegern nach Berlin, Dresden (Heine), Hamburg-Altona, Leipzig (Firma W. Schulze, Inhaber O. Ebinger).
 - Hollereern nach Ular.
 - Fergobern nach Berlin (Gold- und Politureistenfabrik Tschierley in Nixdorf).
 - Korbmachern nach Weghöbe (Warre), Cranz (Reincke), Rädlich (Stralauer Glashütte), Schiffdorf (Müller), Sellstadt (Ehlers, Altermann).
 - Stadlarbeitern nach Wald i. Nhd. (Karl Dreihaupt), Zerbst.
 - Stahlbauern, Drechsler, Hollereern und Maschinenarbeitern nach Aue im Erzgebirge.
 - Stellmachern nach Berlin (Menz u. Sohn, Schleifische Straße 28), Eisenach (Fahrzeugfabrik), Gotha, Königsberg i. Pr. (Waggonfabrik Steinfurt in Natshof).

Zusatzversicherung. Alle Versicherten können Zusatzmarken in beliebiger Zahl in die Quittungskarte einlegen. Die einzelne Zusatzmarke kostet 1 M., und der Versicherte erhält für jede Zusatzmarke als jährliche Zulage soviel mal 2 M., als beim Eintritt der Invalidität Jahre seit Verwendung der Zusatzmarke vergangen sind. Die Zulage wird gezahlt, solange die Invalidität dauert. Beträgt sie nicht mehr als 60 M. jährlich, so wird auf Antrag eine einmalige Abfindung in Höhe des Kapitalwertes gezahlt. Da der einzelne nie weiß, ob er von der Zusatzmarke irgendwelchen Nutzen haben wird, so werden nicht viel solcher Marken gekauft werden, und die ganze Neuerung wird von geringer Bedeutung sein.

In dem System der Beitragsleistung tritt keine Aenderung ein. Es werden feste Wochenbeiträge erhoben, die je zur Hälfte vom Versicherten und vom Unternehmer zu zahlen sind. Die Beiträge werden allerdings erheblich erhöht und betragen in der I. Lohnklasse 16 Pf. (bisher 14 Pf.), in der II. 24 Pf. (20 Pf.), in der III. 32 Pf. (24 Pf.), in der IV. 40 Pf. (30 Pf.), in der V. 48 Pf. (36 Pf.). Krankheitswochen bis zu einem Jahr werden als Beitragswochen der Lohnklasse II angerechnet. Nicht beachtenswert ist, daß für die agrarischen Gebiete, für die hauptsächlich die Lohnklassen I und II in Frage kommen, eine viel geringere prozentuale Steigerung der Beiträge eintritt als in den Industriegebieten, für die die höheren Lohnklassen gelten. Agrarisch ist immer noch Trunpf im Deutschen Reich!

Nationalkongress der Holzarbeiter Italiens.

Hier mögen einige Mitteilungen über die Verhältnisse in einzelnen Städten, die Schreiber dieses durch Vermittlung des Dolmetschers erfahren konnte, eingefügt werden. Ähnlich wie wir früher schon aus Frankreich berichten mußten, scheinen auch in Italien unsere Kollegen auf die Verkürzung der Arbeitszeit lange nicht das Gewicht zu legen als zum Beispiel die Holzarbeiter in Deutschland, die nicht nur in den Großstädten, sondern auch in den meisten mittleren und vielen kleinen Städten längst schon den Neunstundentag sich erkämpft haben. In Italien arbeitet man selbst in den Großstädten Mailand, Turin usw. noch 10 Stunden pro Tag, in den kleineren Städten dagegen 11 Stunden und länger. Der Verdienst wird für Mailand durchschnittlich auf 5 Lire pro Tag, für Turin auf 4 bis 6 Lire angegeben. In Turin beträgt der Wochenbeitrag an die Gewerkschaft 20 Cent., während die Mailänder Kollegen 25 Cent. pro Woche, die in Bologna aber nur 55 Cent. pro Monat entrichten. Eine Erhöhung des an die Zentralkasse abzuführenden Beitrages würde also sofort auch eine Steigerung des örtlichen Mitgliedsbeitrages bedingen, dann aber, so meinte der Mailänder Delegierte, würden höchstens die in der Genossenschaft beschäftigten Kollegen der Organisation treu bleiben. Die Mailänder Sektion gewährt ihren Mitgliedern auch eine Arbeitslosenunterstützung in Höhe von 1,50 Lire täglich für 60 Tage, wofür 10 Cent. von dem angeführten Wochenbeitrag gerechnet werden. Die Einnahme deckt jedoch die Kosten nicht, vielmehr trägt dazu noch die Produktivgenossenschaft durch Ueberweisung von 80 Proz. ihres Uberschusses bei.

Das Ergebnis der Debatte war, daß der Kongress den Verbandsbeitrag von 15 Cent. auf 25 Cent. pro Monat erhöhte. Die einheitlichen Mitgliedsbücher und Verwaltungsmaterialien wurden beschlossen, jedoch ohne sie obligatorisch zu machen; das Zentralkomitee soll sie anfertigen lassen und auf Bestellung und gegen Bezahlung an die Sektionen liefern. Ein Antrag auf Anstellung eines besoldeten Sekretärs wurde dem Zentralkomitee überwiesen. Abgelehnt wurde der Antrag des Komitees, die Zeitung des Verbandes alle zwei Wochen herauszugeben, es soll bei dem jetzigen monatlichen Erscheinen verbleiben.

Nach Erledigung dieses wichtigsten Punktes der Tagesordnung verhandelte der Kongress über die Stellung des Holzarbeiterverbandes zur Generalkommission der Gewerkschaften Italiens. In der Debatte, die dem Referat des Vertreters der Generalkommission Cerutti folgte, wurde insbesondere die Frage behandelt, ob die Möbelfachler, Wagenbauer usw. dem Metallarbeiterverband überlassen werden sollen. Der Kongress betonte jedoch entschieden den Standpunkt, daß für alle Holzarbeiter, gleichviel in welchen Betrieben sie auch beschäftigt sind, einzig und allein der Holzarbeiterverband die zuständige Gewerkschaft sei.

Zum nächsten Punkt, Stellung zur Internationalen Union der Holzarbeiter, hatte Kollege Leipart ein schriftliches Referat erstattet, das von Oldoini verlesen wurde. In seinen mündlichen Ergänzungen knüpfte Leipart an die eingangs erwähnten Verhandlungen des Kopenhagener Kongresses an und verbreitete sich, wie auch in dem schriftlichen Referat, über die Bedingungen für die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und der Holzarbeiterorganisationen im besonderen, die zu den heutigen starken Verbänden in Deutschland, Oesterreich und in anderen Ländern geführt und zuletzt auch die ganz Europa bereits umfassende Internationale Union der Holzarbeiter geschaffen haben. Wohl sei eine hinreichend erstarkte nationale Organisation die Vorbedingung für die Existenz der Internationalen Union gewesen, doch dürfe hieraus nicht gefolgert werden, daß der Italienische Holzarbeiterverband, weil er noch so schwach sei, etwa kein Interesse an der internationalen Verbindung habe. In Beispielen aus der Praxis wies Nedner nach, daß die idealen Gründe für die internationale Verbindung nicht die wichtigsten seien, daß vielmehr ihr rein materieller Zweck, der ihre Existenz begründe, es auch den Organisationen der Holzarbeiter aller Länder zur eigenen Pflicht mache, sich anzuschließen und die von der Internationalen Union geforderten Pflichten zu erfüllen, damit ihnen auch ihre Vorteile zustatten kommen können.

Dem Referat folgte eine anregende Debatte, in welcher auch mit lebhaftem Danke die Hilfe erwähnt wurde, die der Deutsche Holzarbeiterverband vor einigen Jahren den italienischen Kollegen durch Ueberweisung eines Agitationsbeitrages von 1000 M. gewährte. Damals habe es mit dem italienischen Verband noch trauriger als jetzt ausgesehen. Gegenüber einem Antrag, daß die Internationale Union noch einmal mit einer Geldsumme einspringen möge, wendete Oldoini ein, daß erst die verschiedenen Sektionen ihre eigenen Geldmittel hergeben möchten. Der Antrag wurde schließlich dem Zentralkomitee überwiesen, damit dieses, wenn nötig, sich an die Internationale Union wenden soll. Die rückständigen Beiträge, welche der Verband noch schuldet, sollen noch vor der Sitzverlegung beglichen werden.

Hierauf folgte ein Referat des Kollegen Marchetti-Turin über die Genossenschaften. Manche meinen, so führte Nedner aus, die Genossenschaften müßten die Milchkuh der Gewerkschaften sein. Statt dessen sollten sie von der Gewerkschaft mehr losgelöst werden und sich selbständig machen. Beide sind in ihren Bestrebungen sehr verwandt aber doch sind Konflikte zwischen ihnen leicht möglich und auch schon dagewesen. Die Gewerkschaften und Genossenschaften sollen sich gegenseitig unterstützen, aber nicht sich abhängig voneinander machen. Im zweiten Teil seines Referats bespricht Marchetti die Vorteile, die sich ergeben würden, wenn alle Tischlereigenossenschaften sich zu einem Kartell vereinigen zwecks einheitlicher Regelung der Geschäftsführung, besserer Verteilung der Aufträge, gemeinschaftlicher Kredithbeschaffung usw.

Einige Nedner sprechen über die Akkordarbeit in den Produktivwerkstätten. Ein Delegierter von Imola sagt, es liege kein Grund zur Verweigerung der Akkordarbeit in den Genossenschaften vor, weil die Gefahr der Ausbeutung, wie bei den Unternehmern, in den Genossenschaften nicht vorhanden sei. Man könne von der Genossenschaft wohl die besten in der Gegenwart bestehenden Arbeitsbedingungen fordern, aber nicht von ihnen allein schon die in der Zukunft gewünschten. Ihm erwidert voll Empörung der Vertreter von Mailand, dem sich das Herz umbrechen will darüber, daß solche Ausführungen über die verwerfliche Akkordarbeit hier auf dem Kongress geäußert werden könnten. Dieser Entrüstung wird jedoch entgegengehalten, daß ja zum Beispiel in den Genossenschaften in Genua und Turin in Akkord gearbeitet werde, in Genua haben die eigenen Arbeiter das selbst gefordert. Der Vertreter von Bologna will auch nicht, daß die Genossenschaften in Akkord arbeiten lassen, dafür aber müßten die Arbeiter sich verpflichten, ein bestimmtes Quantum Arbeit auch in einer bestimmten Arbeitszeit fertigzustellen. Diese Ausführungen ließen sämtlich deutlich erkennen, daß die Genossenschaften mit der Zeilohnarbeit nicht immer die besten Erfahrungen gemacht haben; der Vertreter von Bologna gebrauchte eine recht harte Bezeichnung für die

jenigen Arbeiter, die im Sinne seines eben erwähnten Vorschlages nicht ein genügendes Arbeitsquantum in der versprochenen Zeit fertigstellen. Man darf hierbei aber nicht übersehen, daß diese Delegierten eben Genossenschaftsvertreter waren, die natürlich mehr das Interesse ihres Unternehmens im Auge hatten und damit dem unbeteiligten Zuhörer zugleich aber auch deutlich vorrieten, wie geradezu gefährlich diese gemeinsame Organisation von Gewerkschaft und Genossenschaften der Gewerkschaft werden kann.

Es wurde zum Schluß eine klare Entscheidung des Kongresses verlangt darüber, ob den Genossenschaften gestattet werden dürfe, in Akkord zu arbeiten. Die Frage wurde jedoch mit dem Hinweis auf die Verwerfung der Akkordarbeit durch das Verbandsstatut als erledigt erklärt. Ferner brachte der Kongress durch eine Resolution zum Ausdruck, daß die Genossenschaften mit ihrem Anschluß an den Holzarbeiterverband auch dessen Satzungen annehmen und in die Tat umsetzen müssen, also sich damit verpflichten, die wirtschaftliche Bewegung der Arbeiterklasse zu unterstützen. Die angeschlossenen Genossenschaften haben 5 Centestimi pro Monat und pro Mitglied an die Verbandskasse zu zahlen. Die Genossenschaft in Turin wurde beauftragt, einen Statutenentwurf für ein Kartell auszuarbeiten, allen Genossenschaften im Lande zu übersenden und dann eine Konferenz von Genossenschaftsvertretern einzuberufen, welche über die Gründung des vorgeschlagenen Kartells entscheiden soll.

Damit haben wir die wichtigsten Verhandlungen des Kongresses besprochen, von dessen Verlauf im allgemeinen man nur sagen kann, daß er einen durchaus günstigen Eindruck hinterlassen hat. So konnte auch Kollege Leipart in seiner Abschiedsrede mit gutem Grund erklären, daß er den auf dem Kongress geäußerten Wunsch gern erfüllen werde, nämlich allen Mitgliedern der Internationalen Union die Nachricht zu verkünden, daß es ein Zerrum war, den Italienischen Holzarbeiterverband als nicht mehr existierend anzusehen. Der Verband besteht, und der Kongress in Turin dürfte sicher dazu beigetragen haben, die Lebenskraft des Verbandes zu stärken und ihm eine größere Macht und Bedeutung in der Zukunft zu sichern.

Soziales.

Die Arbeitslosenunterstützung auf dem deutschen Städtetag.

Der deutsche Städtetag ist eine seit dem Jahre 1905 bestehende Vereinigung der großen und mittleren Städte Deutschlands zur Pflege gemeinsamer Interessen. Die diesjährige Versammlung des Städtetages, die von Bürgermeistern und Gemeindevorstehern aus Städten mit mehr als 25 000 Einwohnern zahlreich besetzt war, trat am 11. September in Posen zusammen und beschäftigte sich unter anderem auch mit der Arbeitslosenunterstützung. Als Referenten hierfür waren die Bürgermeister Wallraf-Röhl und Abdes-Frankfurt a. M. bestellt, welche dem Städtetag umfangreiche Vorträge unterbreiteten.

In diesen Vorträgen wird darauf hingewiesen, daß Gründe und Umfang der Arbeitslosigkeit und das Versicherungsbedürfnis in den einzelnen Gewerben sehr verschieden seien. Eine allgemeine Arbeitslosenversicherung erscheine schon deshalb ausgeschlossen, weil ihre Voraussetzung — ein allgemeiner Arbeitsnachweis — nicht vorhanden ist. Die Frage, ob staatlicher Zwang anzuwenden sei, wird in den Vorträgen bejaht, da die bisherigen Versuche mit freiwilliger Versicherung (Genter und Kölner System), wo Hilfe am meisten nottut, bei den Bauarbeitern und Gelegenheitsarbeitern, nur ganz unzureichende Hilfe gebracht haben. Eine wichtige Frage ist die Aufbringung der Beiträge durch Arbeiter und Arbeitgeber. Noch schwieriger liegt die Frage der Gewährung von Zuschüssen aus öffentlichen Kassen. Es sei z. B. kein Grund ersichtlich, warum öffentliche Beihilfe für Fälle gegeben werden soll, in denen die Arbeitslosigkeit nur aus klimatischen Gründen eintritt. Die Voraussetzung jeder Arbeitslosenversicherung, nämlich ein gutgeordneter Arbeitsnachweis für die beruflich geschulten Arbeiter, kann nur für die einzelnen Gewerbe geregelt werden. Die Untersuchung der Verhältnisse in den einzelnen Gewerben muß einheitlich von den Regierungen vorgenommen werden. Die Ueberweisung der weiteren Bearbeitung der Fragen der Arbeitslosenversicherung an die Gemeindeverwaltungen ist nur eine Verlegenheitslösung, um die eigentlich verantwortlichen Stellen — Regierungen wie Parlamente — von der Verantwortung zu befreien. Von den Regierungen ist zu fordern, daß von ihnen unverzüglich die erforderlichen Untersuchungen eingeleitet werden. Soweit die Stadtverwaltungen hierbei hilfreiche Hand leisten können, werden sie gern dazu bereit sein.

Die Vorträge, die wir hier nur andeutungsweise wiedergeben können, berühren verschiedene Seiten des Problems, sie sind aber so formuliert, daß sie in recht verschiedenartiger Weise ausgelegt werden können. Das hervorsteckendste Moment ist jedoch die Zuweisung der sich aus dem Problem ergebenden Verpflichtungen an den Staat, der seinerseits, wie das insbesondere in den süddeutschen Volksvertretungen bereits geschehen ist, die Fürsorge für die Arbeitslosen als eine Aufgabe der Städte bezeichnet hat. Damit, daß die eine Instanz der anderen die Verantwortung zuweist, ist natürlich für die Sache selbst nichts erreicht. Die Meinung, die Opfer unserer Wirtschaftsordnung wirksam zu schützen, ist übrigens bei den Mitgliedern des Städtetages keineswegs so groß, wie man bei einem flüchtigen Durchlesen der schließlich mit allen gegen 5 Stimmen angenommenen Vorträge vermuten könnte. Sehr lehr-

reich war in der Beziehung das Referat des Frankfurter Oberbürgermeisters Adikes und die Aufnahme, die es bei der Versammlung fand.

Herrn Adikes ist einst der Ruf eines Sozialpolitikers vorausgegangen. Seitler ist er allerdings schon wiederholt als preussischer Ministerkandidat genannt worden und man muß zugeben, daß er mit seinem Referat auf dem Städtetag den Befähigungsnachweis zur Aufnahme in diesen reaktionären Zirkel völlig erbracht hat.

Schwere Bedenken hat der Herr Oberbürgermeister gegen den von Jastrow und anderen Sozialpolitikern gemachten Vorschlag, die Gewerkschaften zu Trägern der Arbeitslosenversicherung zu machen.

Gegen diese, den antisozialen Instinkten der fatten Bourgeoisie, die das Hauptbestandteil der Versammlung bildeten, schmeichelnde Rede, fand sogar der Zentrumsabgeordnete Giesberts, der die Diskussion einleitete, kräftige Töne der Entrüstung.

Wie gering die Neigung des Städtetages ist, in der Frage der Arbeitslosenversicherung etwas Positives zu schaffen, erhellt auch aus der Tatsache, daß ein Antrag des Schöneberger Oberbürgermeisters Dominicus, welcher die einheitliche Organisation der paritätischen Arbeitsnachweise als dringendes Bedürfnis bezeichnet und an Regierung und Bundesrat das dringende Ersuchen richtet, baldmöglichst derartige Einrichtungen zu schaffen, abgelehnt wurde.

Der Meinung, welche die fette Bourgeoisie von der Arbeitslosenversicherung hat, gab wohl die „Kreuzzeitung“ in einem aus Anlaß des Städtetages erschienenen Artikel den zutreffenden Ausdruck.

„Und zu diesen politischen und wirtschaftlichen Bedenken gesellt sich noch der moralische Nachteil: Das Gefühl und die Gewißheit, daß für alle Lebenslagen vorgesorgt ist, muß ja geradezu den Charakter verderben.“

Gegen solche Ansichten polemisiert man nicht, man hängt sie niedriger. Immerhin ist es zu begrüßen, daß die Herrschaften aus ihrem Herzen keine Würstchen

machen. Daß es dem Ideal der Junker und auch den Wünschen weiter Kreise der Bourgeoisie entspricht, die Arbeiter, die den weitaus größten Teil der Einwohner Deutschlands bilden, zu Sklaven zu machen, die durch den Hunger zu unendlicher Fron angetrieben werden, auf daß die Handvoll Besitzende ein um so sorgenfreieres Leben führen können, wiewohl man ohnehin schon lange, ohne so offenkundige Aussprüche dieses Gedankens kann nur nützlich wirken.

Sozialdemokratische Interpellationen. Anlässlich des Parteitages in Jena haben die dort anwesenden Reichstagsabgeordneten eine Fraktionsstimmung abgehalten, in welcher beschlossen wurde, beim Zusammentritt des Reichstages Interpellationen einzubringen über die Marxloangelegenheit, über die Maßregelung der Eisenbahner in Elsaß-Lothringen und über die Handhabung des Vertriebsrechts.

Verbandsnachrichten.

Vorermittlungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalarbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag ab 1. Oktober beträgt in Lissa 65 Pf., Prißwahl 70 Pf., Ronsdorf 65 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 88. Wochenbeitrag für das Jahr 1911 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 152617 Franz Wid, Tischler, geb. 14. 9. 71 zu Kröpelin.
177275 Herm. Haase, Tischler, geb. 15. 11. 72 zu Gbeleben.
287923 Jakob Schramm, Tischler, geb. 28. 10. 80 zu Neuhau.
338412 Georg Simon, Tischler, geb. 14. 1. 70 zu Braunsbach.
401157 Kurt Schulze, Knopfm., geb. 23. 4. 80 zu Schmölln.
512710 Rudolf Horn, Tischler, geb. 8. 8. 89 zu Vorheide.
421707 Karl Wagner, Tischler, geb. 30. 8. 88 zu Wolfersfeld.
429188 Morik Bachmann, Tischler, geb. 10. 12. 90 zu Sofa.
444701 Wlth. Schmidt, Tischl., geb. 23. 9. 90 zu Braunschwelg.
500850 Karl Heidenreich, Masch.-Arb., geb. 10. 5. 88 zu Deutsch-Neudorf.
512705 Anton Schred, Tischler, geb. 17. 4. 85 zu Grefeld.
514231 Kurt Schulze, Knopfm., geb. 23. 4. 80 zu Schmölln.
538078 Jarosch Schade, Tischler, geb. 26. 4. 88 zu Münchengräß.
558010 Georg Scharringhausen, Rittenm., geb. 25. 8. 70 zu Bremen.
560571 Wilhelm Wolf, Tischler, geb. 21. 4. 85 zu Madach.
568011 Heinrich Klingenberg, Tischl., geb. 27. 2. 58 zu Nordstemmen.
570520 Rochus Blattef, Stellm., geb. 14. 8. 86 zu Bohanowitz.
576078 Friedr. Bator, Drechsler, geb. 15. 6. 82 zu Weitra.

Der Verbandsvorstand.

Kleinarbeit im Gau Hamburg.

Gelegentlich der diesjährigen Frühjahrstagung haben wir die Zahlstellen unseres Gaues zu nachhaltiger Kleinagitation angehalten und uns später über den Erfolg ihrer Bemühungen Bericht erstatten lassen.

Der Gauvorstand, J. C. C. Müller.

Korrespondenzen.

Stirgel i. Thür. Die Frage einer geregelten Arbeitsvermittlung muß seitens der hiesigen Kollegen etwas ernstlicher behandelt werden, als dies bisher geschehen ist.

Göppingen. In dem Sägewerk von Weber werden Stundenlöhne von 27 bis zu 32 Pf. als Regel gezahlt. Höhere Sätze sind schon Seltenheiten.

Guben. Am 11. September beschäftigte sich eine Versammlung mit dem Lohn- und Arbeitsbedingungen in dem hiesigen Bergoldebetrieb.

Langenbielau i. Schl. In dem benachbarten Reichensbach hat die Organisation jetzt endlich auch Wurzel geschlagen.

Leipzig. (Korbmacher.) In der letzten Branchenversammlung trat wieder einmal die unglaubliche Interesselosigkeit der hiesigen Korbmacher zutage.

Heimatdorfe. Ein anderer Teil fällt auf die fortwährenden Arbeitsangebote der Firma Mathesius in Gaußsch bei Leipzig herein. In diesem Betriebe sind circa 80 Arbeiter beschäftigt, die Löhne sowie Akkordpreise setzt der Unternehmer willkürlich fest. Es sind etliche Kollegen, die (erste Kräfte im Beruf) im Akkord einige namhafte Verdienste erzielen, die anderen aber, und vor allem die Jungelassen, sehen sich bitter enttäuscht, wenn sie nur einige Tage hier arbeiten. Leider wird durch die vielen Arbeitsangebote von außerhalb dieser Unternehmer in seinem Machtdünkel bestärkt, und unsere Kollegen trauen sich deshalb nur schwer zu organisieren. Also, Korbmacher aller Orte! Unterlaßt den Bezug nach Leipzig. Wer in Leipzig arbeiten will, frage in der Bahnhofsstraße, Volkshaus, Zeiger Straße, vorher an. Und ihr Leipziger Korbmacher, aufgewacht aus eurer Verhärteung, erkennt, daß nur in starker Organisation die Macht des Proletariats liegt, organisiert euch, und ihr werdet nicht mehr lange die Glendbranche am Orte sein.

Marientberg i. Erzgeb. Hier gibt es noch Betriebe mit 18 bis 22 Pf. Stundenlohn. Besonders niedrig sind auch die Löhne in der Spielwarenfabrik Moritz Gottschall. Die niederen Ansprüche der Spielwarenarbeiter drücken aber auch auf die Arbeitsverhältnisse der anderen Berufe. Wo die Arbeiter alle organisiert sind, ist es natürlich etwas günstiger. Hier meint noch mancher Arbeiter, den Verbandsbeitrag nicht aufbringen zu können. Darunter sind aber viele, die sehr wohl Schnaps in größeren Mengen kaufen und auch bei jedem Sportfest dabei sein müssen. Die Ursache der langen Arbeitszeit und der geringen Verdienste liegt nur an der grenzenlosen Gleichgültigkeit der Holzarbeiter. Hier kann nur der Beitritt zum Verband helfen.

Mulda. In der Holzwarenfabrik von Grünig u. Co. in Weigmannsdorf sind noch Stundenlöhne von 20 Pf. und darunter an der Tagesordnung. Als sich Kirzlich ein Arbeiter einige Finger zerschneidete, wurde ihm vom Inhaber der Firma, Herrn Franzh, der Vorwurf gemacht, daß die Arbeiter die Gedanken auf alles andere, aber nicht auf die Arbeit hätten. Weil kein Heizer da ist, muß ein Maschinenarbeiter die Kesselanlage mit versorgen. Ebenso werden hier im Verhältnis zu anderen Arbeitern zu viel Bolierer eingestellt, so daß dieselben mitunter stundenlang auf Arbeit warten müssen. Als darum einige Arbeiter wegen dieser Mißstände vorstellig wurden, erklärte Herr Franzh, in dieser Sache ließe er sich keine Vorschriften machen. Wir warnen deshalb die Kollegen vor Anträgen in Amtsblättern und ersuchen sie, sich erst Auskunft bei der Bahnhofsstelle Mulda über genannte Firma zu holen, ehe sie hier in Arbeit treten.

Hobersbahu i. Erzgeb. In unserem Gebirgsort haben unsere Jungs so schwer zugänglichen Kollegen endlich auch einen Anfang mit der Organisation gemacht und ist unter den Kollegen eine hoffnungsvolle Stimmung vorhanden. Die am Ort befindliche Drechschule bildet Volksschüler vom achten Lebensjahre an im Drechslergewerbe aus, so daß diese Jungen dann nach der Schulentlassung das Angebot von billigen Arbeitskräften vergrößern müssen, indem sie als Drechslers bei den Unternehmern in Arbeit gehen. Die Drechslerschule wird von dem Gewerbeverein mit Staatshilfe ausgehalten, und im Gewerbeverein haben natürlich die Herren Unternehmer das große Wort. Auch ein Vertrag zu dem Kapitel der Gewerbeschulen! Trotzdem wird es auch in den dunkelsten Winkeln des Erzgebirges vorwärtsgehen, wenn sich unsere Kollegen ihrer Arbeiterpflichten bewußt werden.

Saigewebel. Obwohl die Arbeitsgelegenheit hier für Tischler eine recht günstige ist, war es bisher nicht möglich, in allen Werkstätten die als Mindestmaß zu erachtenden Löhne und Arbeitsbedingungen durchzuführen. Das Umschauen der Kollegen und das Verschaffen der Arbeit auf eigene Hand bewirkt immer wieder, daß einzelne Arbeitgeber die Bedingungen unter dieses Minimum herabdrücken. Deswegen sind auf Beschluß unserer letzten Mitgliederversammlung die Kollegen von jetzt ab verpflichtet, Arbeitsstellen nur durch Vermittelung des Herbergswirtes Konrad Vant, Mittelstraße 12, anzunehmen. Derselbe hat Aufträge, Kollegen nur an solche Arbeitgeber zu vermitteln, die sich mindestens zur Einhaltung der zehnstündigen Arbeitszeit und zur Zahlung eines Lohnes von 35 Pf. für Ausgelernte, von 38 Pf. für bis 20 Jahre alte, und von 40 Pf. für ältere Kollegen verpflichten. Ungünstigere Angebote müssen also unbedingt zurückgewiesen werden. Wir bitten alle zureisenden Kollegen, dies strengstens zu beachten.

Albst. (Schneidemüller u. Hilfsarbeiter.) In unseren beiden letzten Mitgliederversammlungen referierte Kollege Trinowitsch über: „Die Unfallgefahr in der Holzindustrie und die Berufsgenossenschaften“. Der sehr gute Besuch der Versammlungen hat den Beweis erbracht, daß unsere Kollegen diesen Gefahren in ihrem Berufe das richtige Verständnis entgegenbringen. Ist die Unfallgefahr an den Holzbearbeitungsmaschinen an sich eine große, so hat dieselbe in den Schneidemühlen bereits einen erschreckenden Umfang angenommen. Begünstigt wird dieser Zustand dadurch, daß die Unternehmer hier im Osten sich herzlich wenig um das Anbringen auch der allernotwendigsten Schutzvorrichtungen kümmern. Besonders die Kreisläufe holt sich fast täglich ein Opfer aus dem Reihen unserer Kollegen. Die Berufsgenossenschaft hat eine Bestimmung erlassen, nach welcher z. B. im Winter in ungeheizten und unbedeckten Räumen an der Kreisläufe nicht gearbeitet werden darf. Dadurch, daß die Kollegen gezwungen sind, in der Kälte mit sogenannten Fausthandschuhen zu arbeiten, erhöht sich auch naturgemäß die Unfallgefahr. Bei den Sägeagattern liegen die Verhältnisse genau so. Es wird nun Aufgabe der Organisation sein müssen, hier Aufklärung zu schaffen und auf die Bestimmungen der Berufsgenossenschaften hinzuweisen. Man wird auch in Zukunft öfter einmal die Gewerbeinspektion veranlassen müssen, in diesen Betrieben nach dem Rechten zu sehen. Des weiteren wurde die Frage behandelt, wie das Bezahlungsverhältnis in unserm Berufe zu regeln ist. Wohl in keinem anderen Erwerbszweige bestehen nach dieser Richtung hin solche unregelmäßige Zustände, wie bei den Schneidemüllern. Es ist denn auch so weit gekommen, daß heute das Angebot von Arbeitskräften die Nachfrage bei weitem übersteigt. Daraus resultiert der Zustand, daß in einer Reihe von Schneidemühlen, in denen unsere Organi-

ation noch nicht die Möglichkeit hatte, irgendwie eingreifen zu können, ganz traurige Arbeitsverhältnisse bestehen. Durch die in letzter Mitgliederversammlung angenommenen Bestimmungen, welche eine Regelung im Bezahlungsverhältnis herbeiführen sollen, wird es in Zukunft besser werden. Aufgabe der Kollegen wird es nun sein, dafür zu sorgen, daß die getroffenen Bestimmungen auch durchgeführt werden. Es kann dann nicht schwer halten, auf der so geschaffenen Grundlage weiter zu bauen und Zustände in unserem Berufe zu schaffen, die der ganzen Kollegenschaft nur zum Vorteil gereichen können.

Ulm. (Wagner.) Nach langer Bemühung ist es endlich gelungen, hier eine Sektion der Wagner ins Leben zu rufen. Ist die Zahl der Organisierten auch noch nicht imponierend, so steht doch zu hoffen, daß die uns noch fernstehenden für die Organisation zu gewinnen sind. Die Lage der Kollegen ist keineswegs so rosig, daß man die Hände ruhig in den Schoß legen könnte. Die Kollegen müssen durch rege Mitarbeit an dem Ausbau der Sektion mithelfen. Zu begrüßen ist, daß der Vorstand einer Branchenkonferenz seine Zustimmung gab. Zu dieser Angelegenheit wird in nächster Versammlung Stellung genommen werden. Die Kollegen müssen deshalb für einen guten Versammlungsbesuch besorgt sein.

Unsere Lohnbewegung. Der Kampf in Hamburg.

Immer mehr neigt sich das Jünglein an der Wage zugunsten unserer Kollegen, denn der Schutverband hat sich durch seine abermalige Ablehnung der von seinem eigenen Vorstehenden mit vereinbarten Friedensvorschläge den letzten Rest von Sympathien sowohl bei der gesamten Öffentlichkeit wie auch bei seinen eigenen Mitgliedern verschert, was daraus hervorgeht, daß seit jener Arbeitgeberversammlung vom 2. September weitere 28 Firmen bewilligt haben. Der Schutverband hat in seiner unbeschreiblichen Verlegenheit jetzt, nach einer halbjährigen Dauer des Kampfes mit einem Male die Materialsperrre über die geregelten Betriebe verhängt und sich selbst bei dieser Gelegenheit unbewußt eine klatschende Ohrfeige versetzt, indem er die Sperrliste so überschreibt:

Verzeichnis

der größeren Holzgewerbetreibenden, welche sich dem Holzarbeiterverband unterworfen haben.

Nun hat der Schutverband ja diesmal insoweit recht, als es sich wirklich um größere Betriebe handelt, und zwar hat er auf der veröffentlichten Sperrliste 88 Firmen namentlich aufgeführt, die er selbst als größere Betriebe bezeichnet. Das ist immerhin anzuerkennen, da der Schutverband bisher den neuen Arbeitgeberverein und den zwischen diesem und dem Holzarbeiterverband vereinbarten Vertrag und den paritätischen Arbeitsnachweis aus dem Grunde als minderwertig hinzustellen suchte, weil wegen der Bedeutungslosigkeit dieser Betriebe das Ganze bloß in der Luft hänge. Vor kurzem noch ließ der Schutverband durch seine Presse die Mitteilung verbreiten, hinter dem Vertrage ständen ganze „27 Männelens“, die höchstens einige hundert Arbeiter beschäftigten, der Vertrag stehe lediglich auf dem Papier und der Sieg des Schutverbandes stehe trotz alledem in sicherer Aussicht. So steht die Kampfesweise des Schutverbandes aus!

Die Sperrliste ist mit einem Begleitschreiben an die Holzhändler und Materiallieferanten versandt worden, in welcher diese unter der Drohung zum Boykott der Vertragsfirmen aufgefordert werden, daß andernfalls eine große Zahl der alten Kunden weiterhin nicht mehr bei ihnen kaufen würden.

Wenn die Arbeiter sich solcher Mittel bedienen würden, hätte sie der Staatsanwalt bald im Genick, aber den Arbeitgebern geschieht natürlich wegen so etwas nichts.

Der Appell des Schutverbandes ist natürlich ohne jede Wirkung geblieben, weil seine Kampfesweise bei allen Geschäftskleuten und rechtlich denkenden Menschen den allerwiderrwärtigsten Eindruck macht und außerdem auch der Arbeitgeberverein eine sofortige Gegenkundgebung veranstaltet hat, um seine Mitglieder gegen diesen Schutverbandsterrorismus zu schützen. Der Arbeitgeberverein schreibt dabei u. a.:

„Für den größten Teil der Holzgewerbetreibenden und speziell nach der Zahl der beschäftigten Arbeiter ist der Kampf im Gewerbe durch den abgeschlossenen Tarifvertrag erledigt, und das betrachten wir nicht als eine „Schädigung des Holzgewerbes“, sondern sind vielmehr der Meinung, daß die vom Schutverband getroffenen Maßnahmen keineswegs dazu beitragen, den so notwendigen Frieden im Gewerbe herbeizuführen. . . . Es sind in unseren Reihen genügend erfahrene Männer vorhanden, welche wohl in der Lage sind, beurteilen zu können, was dem Gewerbe nützlich ist, und das Bedürfnis eines paritätischen Arbeitsnachweises, wie wir ihn eingerichtet haben, für das Holzgewerbe als eine Notwendigkeit erachten. . . . Wegen die Anwendung solcher terroristischer Mittel von Seiten des Schutverbandes, wie die Materialsperrre gegen unsere Mitglieder müssen wir ganz energisch protestieren. . . . Uebrigens haben sich unserem Verein genügend Firmen zur Verfügung gestellt, welche gern bereit sind, Material so viel, wie verlangt wird, zu liefern. . . .“

Ferner leistete sich der Schutverband in letzter Woche das Vergnügen, an seine Mitglieder per Zirkular die Aufforderung zu richten, Arbeiter nur dann zu den alten Bedingungen einzustellen, wenn sie schriftlich ihren Austritt aus dem Holzarbeiterverband erklären.

Unsere Kollegen beschäftigten sich in einer Versammlung mit diesen Publikationen des Schutverbandes, die sie als dummdreiste Machenschaften bezeichneten und gebührend brandmarkten. Es wurde einstimmig beschlossen, dem

Schutverband nicht eher Pardon zu geben, bis er den abgeschlossenen Vertrag und den paritätischen Arbeitsnachweis unverändert anerkennt. Alle zu diesem Zweck notwendigen Maßnahmen, die von der Erzielung vorgeschlagen wurden, ließ die Versammlung für richtig und die Kollegen wetteifern in dem Bestreben, ihre Pflicht zu erfüllen, und alles zu tun, um den erbgültigen und vollen Sieg über den Schutverband herbeizuführen. Die auswärtigen Kollegen müssen den Zugzug weiter verfolgen.

In Bonn ist der Streik bei der Firma S. Kühling, Klavierfabrik, nach 20wöchiger Dauer aufgehoben worden. Herr Kühling leitete mehrere Versuche, in Verhandlungen einzutreten, rundweg mit dem Bemerkten ab, für ihn beständen keine Differenzen mit seinen Arbeitern, er wolle nur dazu übergehen, ein neues System in seinem Betrieb einzuführen. Dieses sollte darin bestehen, daß ungelernete jugendliche Arbeiter für einzelne Teile angelehrt werden, um billigere Arbeit zu bekommen. Um diesem vorzubeugen sind unsere Kollegen dazu übergegangen, einen Akkordtarif einzureichen, welcher den Akkord festlegen sollte, und für das Material auf Material, das manchmal tagelang dauerte, Bezahlung vorsah. Herr Kühling erklärte uns, er brauchte überhaupt keine Leute mehr, er würde mit den Arbeitern, die er jetzt hat, seinen Betrieb aufrechterhalten können. Nun, wir gönnten ihm diese Leute, 6 Schreiner, 1 Pfisterer, 1 Strahenteiler, 1 Milchbauer, 8 Hausknechte; ob er mit solchen Kräften Klaviere bauen kann, bezweifelt er wahrscheinlich selbst schon, denn er gibt sich die größte Mühe, tüchtige Schreiner in seinen Betrieb zu bekommen. Da die Mehrzahl unserer Kollegen abgereist ist, und die Zurückgebliebenen nicht so lange warten wollten, bis das neue System ausprobiert ist, haben wir den Streik als ergebnislos beendet, möchten aber die Kollegen, hauptsächlich die Zusammenfasser, ersuchen, den Betrieb zu meiden. Willigt es uns, die Kollegen aus dem Betrieb fernzuhalten, wird Herr Kühling doch nichts anderes übrigbleiben, als mit der Organisation zu verhandeln. Der Betrieb S. Kühling bleibt bis dahin gesperrt.

In Göttingen i. N. haben die Stellmacher eine erfolgreiche Lohnbewegung hinter sich. Mit den Karosseriewerken ist ein bis zum 1. April 1914 laufender Tarifvertrag abgeschlossen worden. Die Arbeitszeit wird von 80 auf 66 Stunden herabgesetzt, dazu erfolgt Lohnausgleich. Der Mindestlohn für Kastenmacher beträgt 48 Pf. pro Stunde, für Kastenheifer 40 Pf., für neuereitretende junge Kollegen, die noch nicht auf Karosserien gearbeitet haben, 38 Pf. Im nächsten Jahre tritt eine Lohnerhöhung von 8 Pf. pro Stunde ein.

In Deutsch-Wilfa sind unsere Kollegen in eine Lohnbewegung getreten. Gefordert wird Verkürzung der Arbeitszeit auf 60 Stunden während der Arbeitszeit auf 56 Stunden, Lohnerhöhung 4 Pf. sofort und je weitere 2 Pf. am 1. Juli 1912 und 1913, Bezahlung der Ueberstunden mit Lohnzuschlag und Regelung der Montagezuschläge sowie die Anerkennung des Breslauer Tariffs für Bauarbeit und Mindestlohn von 44 Pf., steigend innerhalb 2 Jahren auf 48 Pf. pro Stunde.

In Duderstadt am Harz ist für die Tischler der fünf am Orte befindlichen Betriebe ein Tarifvertrag abgeschlossen worden, der gleich dem im benachbarten Worbis bis zum Herbst 1913 läuft. Erreicht wurden augenblicklich 2 bis 3 Pf. und für 1. April 1912 nochmals ein Zuschlag von 3 Pf., so daß uns dann ein Stundenlohn von 40 Pf. zusteht. Für Ueberstunden wurde ein Zuschlag von 10 Pf. und für Nacht- und Sonntagsarbeit ein solcher von 20 Pf. bewilligt. Für Einfargen von Leichen wurde für Erwachsene 1 Mk., für Kinder 50 Pf. festgelegt. An den Kollegen wird es nun liegen, das Errungene festzuhalten.

In Grünberg i. Schl. erreichten unsere Kollegen ohne Streik eine Arbeitszeitverkürzung von 3 Stunden in der Woche, eine Lohnerhöhung von 8 Pfennigen die Stunde; einen Mindestlohn vom zweiten Gesellenjahr an von 30 Pf.; Montagezuschlag für Bauarbeit am Ort 3 Pf. pro Stunde, für die ersten 2 Ueberstunden 10 Pf., für weitere Ueberstunden und für Sonn- und Feiertagsarbeit 15 Pf. pro Stunde Lohnzuschlag. Eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit um 1 Stunde und Lohnerhöhung von 2 Pfennigen ist vom 1. Juli 1912 an zugesagt worden. Diese Abmachungen gelten auf unbestimmte Zeitdauer. Wie schwer es hier ist, einige Verbesserungen durchzusetzen, erhellt allein der Umstand, daß bei 23 Gesellen einige 50 Bechlinge in Frage kommen. Nur durch die größte Einigkeit der Kollegen kann etwas erreicht und das Errungene aufrecht erhalten werden.

In Königsberg i. Pr. sind in der Waggonfabrik von Steinfurt, Matshof, 88 Stellmacher ausgesperrt. Seit langem haben dort die Kollegen unter Mißständen zu leiden, die sich mit der Zeit immer mehr verschlimmerten, und die Leben und Gesundheit der Arbeiter bedrohten. Für Reparaturarbeiten, zu denen die Arbeiter absolut nicht verpflichtet sind, wird nichts bezahlt. Eine Entschädigung für das der Firma vorgehaltene Werkzeug wird nicht gewährt. Die Akkordsätze wurden vor 3 Jahren um 2 1/2 Proz. reduziert und auf Ehrenwort versprochen, diese Kürzung in Kürze wieder aufzuheben. Jetzt fühlt sich die Firma nicht mehr verpflichtet. Als am 14. September eine Kommission um Verhandlung zwecks Abhilfe suchte, sperrte die Millionenfirma kurzerhand aus. Für Stellmacher, Tischler und Maschinenarbeiter ist die Fabrik gesperrt.

In Leisnig haben die Stuhlbauer und Bolierer der Firma Schmidt u. Hochstetter Lohnforderungen eingereicht. Die Stellungnahme der Firma ist noch unentschieden. In der Firma Genßich u. Sohn haben bei den Bolierern Entlassungen stattgefunden, darunter auch ein Mitglied der Lohnkommission. Da die entlassenen Kollegen sofort anderweitig Arbeit erhalten haben, so hat sich zwar diese Sache erledigt, doch bitten wir alle Kollegen, welche in Leisnig Arbeit anzunehmen gedenken, zunächst bei der Ortsverwaltung Erkundigungen einzuziehen.

In Reusatz a. Oder beharrt Herr Kriesten noch immer auf seinem unzugänglichen Standpunkt. Von den 14 ausgesperrten Kollegen sind nur noch zwei ohne Arbeit. Die

übrigen sind anderwärts untergebracht. Bezug ist auch weiter fernzuhalten.

In Neuenrade l. Westf. haben die unseren Verband angehörenden Kollegen durch Vermittlung des Gauvorstehers eine Lohnzulage von 2 Pf. pro Stunde erhalten. Ein befriedigender Erfolg, der jedoch als erste Wirkung des Beitritts zur Organisation immerhin erwähnenswert ist.

In Messt sind die Kollegen in den beiden Betrieben von Adam und Meßler in eine Lohnbewegung getreten. Verlangt wird Verkürzung der Arbeitszeit von 64 auf 58 Stunden, Lohnerhöhung von 5 Pfennigen, Mindestlohn vom zweiten Gesellenjahr an 40 Pf. sowie Regelung der Ueberstunden und Montagszuschläge. Bei Adam konnte eine Verständigung über diese beschiedenen Forderungen nicht herbeigeführt werden, weshalb die Kollegen in den Streik getreten sind. Bezug nach dort ist darum fernzuhalten.

In Madenau drohen wegen der Einstellung unserer Kollegen neue Differenzen auszubrechen. Es stehen noch 150 Kollegen außer Arbeit. Die Fabrikanten versuchen, um den Verband zu schädigen, erst die auswärts arbeitenden Kollegen heranzuziehen. Wir mahnen alle Holzarbeiter, jetzt hier in Arbeit zu treten. Von etwaigen Arbeitsangeboten bitten wir die hiesige Ortsverwaltung sofort zu unterrichten.

In Mädnitz wurde der Streik der Korbmacher der Stralauer Glasütte für beendet erklärt, da die Streitenden anderweitig untergebracht sind. Wir möchten die organisierten Kollegen aber ersuchen, den Betrieb weiter zu meiden, da jetzt verheiratete Kollegen nicht einmal Wohnung in den dortigen Sittenhäusern erhalten können, sondern sich Wohnung in der Umgebung suchen müßten, und das ist immer mit einer Stunde Weg verknüpft. Nach Aussage des hiesigen Meisters sollen die Streitenden alle wieder eingestellt werden, nur sollen sie einzeln anfragen kommen. Da wird aber die hochwohlwollende Direktion lange warten können.

In Sebnitz ist die Lohnbewegung der Tischler nunmehr mit vollem Erfolg auf der ganzen Linie beendet. Nachdem eine Anzahl Meister den geforderten Vertrag einzeln anerkannt hatten, und die Streitenden alle zu neuen Bedingungen untergebracht waren, hatte alsdann auch die Innung beschlossen, den gleichen Vertrag anzuerkennen und ist dieser jetzt mit der Innung vereinbart worden. Die Löhne sind jetzt um 3 bis 6 Pf. erhöht worden und steigern sich innerhalb der Vertragszeit allmählich um weitere 2 Pf. Die Arbeitszeit reduziert sich von 59 auf 57 Stunden. Hoffentlich sind die Kollegen auf dem Posten, denn nur eine geschlossene Organisation garantiert die Erhaltung des Erfolges und weitere Fortschritte.

In Traunstein ist der Schreinerstreik mit dem Abschluß eines bis zum 1. März 1915 laufenden Vertrages beendet worden. Neben den sonst üblichen Verbesserungen wird die Arbeitszeit auf 57 1/2 Stunden herabgesetzt, die Löhne werden um 7 Pf. die Stunde erhöht. Sämtliche Schreinermeister haben den Tarif unterchristlich anerkannt, mit Ausnahme des Zimmermeisters Witterer, dessen Schreinerer bis auf weiteres noch gesperrt bleibt.

In Bieghals i. Schl. ist es bei der Firma Bantke u. Scheiba kürzlich zum Abschluß eines Tarifvertrages gekommen, der Gültigkeit bis zum 1. September 1914 hat. Außer einem auf neuer Arbeitsteilung beruhenden Akkordtarif ist unter anderem damit die 58stündige Arbeitszeit und auch die Lohngarantie bei außertariflichen Arbeiten eingeführt worden. Bei vorkommender Lohnarbeit wird als Lohn der durchschnittliche Akkordverdienst gezahlt. Für die vielen hier noch nicht organisierten Kollegen möge das wieder ein weiterer Beweis für den Nutzen des Verbandes sein.

In Zwidau hatten die Stellmacher bei den Kleinmeistern Forderungen gestellt, um die 64 1/2stündige Arbeitszeit zu befristigen. Bei drei Meistern wurde eine Einigung erzielt, während die anderen Kollegen in den Streik traten. Bis jetzt sind alle Kollegen wieder anderweitig untergebracht. Die Betriebe von Beer sowie Glaf sind gesperrt. Es wird ersucht, vor Arbeitsaufnahme in Zwidau erst Erkundigungen bei der Verwaltung einzuziehen.

Ausland.

In Paris befinden sich die Möbelarbeiter im Kampf um den Neunjahrestag. Da immer wieder deutsche Kollegen nach dort zureisen, weisen wir wiederholt darauf hin, daß der Bezug von Möbelarbeitern nach Paris auf das strengste fernzuhalten ist.

Aus der Holzindustrie.

Der Bund deutscher Korbmacherinnungen hielt seine Generalversammlung unter der Bezeichnung 26. deutscher Korbmachertag am 31. Juli und 1. August in Magdeburg ab. Dem in der „Deutschen Korbmacherzeitung“ nunmehr veröffentlichten Protokoll ist zu entnehmen, daß eine umfangreiche Tagesordnung ziemlich oberflächlich behandelt wurde. Im Anschluß an den Bericht über „die Ergebnisse der Schwedenerenquete am 7. April 1911 zu Berlin“ wurde beschlossen, unentgeltlich für die Aufhebung des § 100g der Gewerbeordnung zu wirken. Bezüglich der Gefängnisarbeit konnte der Bundesvorsitzende Bergmann mitteilen, daß die Anfertigung von Korbmacherwaren fast ganz aus den Gefängnissen verdrängt sei. Die folgende Diskussion ließ jedoch erkennen, daß diese Auffassung zu optimistisch ist. Es wurde deshalb beschlossen, Material zu sammeln, um bei den Staatsregierungen und den gesetzgebenden Körperschaften um Beilegung der Gefängnisarbeit im Korbmachergewerbe zu petitionieren. Um dem Hausierhandel entgegenzuwirken, wurde der Verbandsvorstand beauftragt, für die Einführung der Bedürfnisfrage und die Einschränkung der Wanderbewegungen zu wirken. Bei der Besprechung des Submissionsverfahrens kam auch die Vergebung der Geischofkorbe zur Sprache, und es wurde Klage geführt, daß in den letzten Jahren nur noch Großbetriebe bei der Vergebung berücksichtigt wurden. Allenfalls können auch Genossenschaften in Betracht, während die Abgabe von kleinen Aufträgen an Einzelmeister der Behörde zu viel Arbeit mache. Das

Ergebnis der Aussprache war der Beschluß, beim Kriegsminister dahin zu petitionieren, daß die Bundesinnungen und die Kleinmeister nach wie vor berücksichtigt werden. Ueber den neuen Gesellenlohn betreffend die Hausindustrie wußten die Korbmachermeister nichts zu sagen; sie begnügten sich mit der Entgegennahme einiger Bemerkungen von dem Syndikus Dr. Schulz. Dieser referierte auch über die Neufestsetzung des deutschen Zolltarifes und die abzuschließenden Handelsverträge. Er erwähnte unter anderem, daß ihm bei einer Audienz im Reichsamt des Innern gesagt würde, daß an eine Erhöhung des Einfuhrzolles für Korbwaren nicht zu denken sei. Aus der Diskussion ist bemerkenswert, daß ein Herr Ihmann aus Breslau empfahl, gemeinsam mit dem Bunde der Randwirte auf eine Erhöhung der Zölle hinzuwirken. Von einem besonders entwickelten Verständnis für die eigenen Bedürfnisse zeugt es gerade nicht, wenn sich die Korbmachermeister so dazu drängen, Schleppenträger der Volkswirter zu werden. — Bei der Wahl des Bundesvorstandes wurde der alte Vorstand mit Bergmann-Berlin als Vorsitzenden wiedergewählt.

Der Verband deutscher Stodindustrieller strebt, wie der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet wird, die Bildung eines Partells aller deutschen Stod- und Schirmstoffhersteller an. Ferner beschloß er die Einführung einheitlicher Bedingungen und allmähliche Aufbesserung der Verkaufspreise. Das Streben der Stodfabrikanten nach Erzielung besserer Verkaufspreise ist ja recht löblich. Die Stodarbeiter werden diese Nachricht nicht ungern hören, denn höhere Verkaufspreise setzen die Fabrikanten in den Stand, auch bessere Arbeitslöhne zu zahlen. Ob aber das die Absicht des Verbandes der Stodindustriellen ist, darf billig bezweifelt werden. Viel eher ist anzunehmen, daß zu den Zwecken des Verbandes mit in erster Linie auch die Niederhaltung der Arbeiterforderungen gehört. Darauf läßt ja auch ihr Anschluß an den Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe schließen. Unsere Kollegen in der Stodindustrie haben also alle Ursache, die Entwicklung der Organisation ihrer Unternehmer mit einiger Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Gewerkschaftliches.

Christliche Gewerkschaften und katholische Fachabteilungen.

Die beiden Richtungen der ultramontanen Arbeiterorganisationen liegen seit langem in harter Fehde. In diesem Kampf ist die Position der christlichen Gewerkschaften recht ungünstig. Die Mehrzahl der Bischöfe, an ihrer Spitze der Kardinal Kopp, ist ihnen nicht wohlgesinnt, und auch der Papst hat seine Sympathie für rein katholische Organisationen schon wiederholt bekundet. Wenn er es auch bisher unterlassen hat, seinen Vannstrahl gegen die „interkonfessionellen“ christlichen Gewerkschaften zu richten, so ist die Lage doch für diese recht unbehaglich. Als gehorsame Söhne der katholischen Kirche, als welche sich die christlichen Führer gern aufspielen, müssen sie sich den Befehlen ihrer geistlichen Oberen widerstandslos fügen, und wenn der unfehlbare Papst in Rom einmal dekretiert, daß das Heil der Arbeiter in Deutschland nur in den katholischen Arbeitervereinen der Berliner Richtung zu finden ist, dann werden die M.-Glabbacher bescheiden zu Kreuze kriechen.

Und der Zeitpunkt scheint näher zu rücken, an welchem in Rom das entscheidende Machtwort gesprochen wird. Kürzlich brachte die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ von einem ausgezeichnet unterrichteten katholischen Geistlichen Mitteilungen über die Behandlung der Gewerkschaftsfrage auf der Fuldaer Bischofskonferenz. In dieser Zuschrift heißt es:

„Das Referat hatte der Bischof von Baderborn. Er gab bekannt, daß die am 14. Dezember 1910 von den Bischöfen in Fulda eingesetzte Subkommission für die soziale Frage mit dem Zweck zur endlichen Schlichtung des Gewerkschaftsstreites von beiden Richtungen das Gedanken- und Tatsachenmaterial einzufordern, das selbe zu sichten, durchzuarbeiten und Vorschläge für die diesjährige Konferenz zu entwerfen, ihrer Aufgabe nach Möglichkeit nachgekommen sei. Im Einverständnis mit seinen beiden Kommissionsmitgliedern — den Bischöfen von Dresden und Hildesheim — forderte er die Niederschrift und den Beschluß einer Eingabe an den Papst mit dem Ersuchen einer definitiven Entscheidung. Begreiflicherweise rief dieser Antrag große Erregung hervor. Es entspann sich eine heftige Debatte, die sich schließlich zu einem scharfgeführten Rededuell zwischen den beiden alten Gegnern Kardinal Kopp und Kardinal Fischer zuspitzte. Ergebnis: Annahme des Antrages. Wahrscheinliche Folge: Päpstliches Verbot der Zugehörigkeit von Katholiken zu den christlichen Gewerkschaften nach den Reichstagswahlen.“

Diese Nachricht klang durchaus nicht unwahrscheinlich. Erinnerung sei doch an die Mitteilung, welche die reformkatholische Zeitschrift „Das neue Jahrhundert“ in ihrer Nummer vom 8. Januar dieses Jahres gebracht hat, monach eine Enzyklika gegen die christlichen Gewerkschaften schon auf dem Schreibtisch des Papstes lag, und daß der Kardinal Fischer aus Köln mit dem vielen Gelde, welches er im vorigen Jahre nach Rom brachte, nur erreichen konnte, daß diese Enzyklika für anderthalb Jahre in einem Schubfach zur Ruhe gekommen ist. Dieses Zurückweichen des päpstlichen Stuhles wurde zum Teil auch darauf zurückgeführt, daß der Reichskanzler durch den deutschen Botschafter beim päpstlichen Hof hatte wissen lassen, daß „ein Verbot der christlichen Gewerkschaften durch Rom im jetzigen Augenblick die Zerstörung des einzigen Schutzalles gegen die rote Flut bedeute und die nächsten Reichstagswahlen zur Katastrophe werden ließe“.

Betrachtet man im Zusammenhang mit diesen Nachrichten die Stellung, welche die christlichen Gewerkschaften in neuerer Zeit einnehmen, wie sie den letzten Steuer-raubzug gegen die arbeitenden Klassen beschönigten, wie sie sich, in scharfem Gegensatz zu der Stellung, die sie auf ihren Kongressen eingenommen, zu Verteidigern der Entrechtung der Arbeiter bei der Reichsberufungsordnung aufwarfen, wie sie überhaupt in den letzten Monaten mehr und mehr dazu übergehen, die Interessen der Unternehmer gegen die Arbeiter wahrzunehmen, dann erkennt man in dieser Neuerung christlicher „Gewerkschaftstätigkeit“ nicht allein den guten Willen, der Zentrumssache zu dienen, sondern auch das Streben, die Gegner der christlichen Gewerkschaften unter der hohen Geistlichkeit zu besänftigen und auf diese Weise den drohenden päpstlichen Donnerkeil doch noch von sich abzulenken.

Ob es den christlichen Gewerkschaften gelingt, das Unheil von sich abzuwenden, mag zweifelhaft erscheinen; die eblen Herren der Kirche haben sich noch stets als gute Hasser erwiesen. Die Brauchbarkeit der christlichen Gewerkschaften als Schutzwall gegen die rote Flut wird jedoch ernstlich in Frage gestellt, wenn auch die profane Welt die Drähte sieht, an welchen die Rippen gelenkt werden. Die Furcht vor der roten Flut hat es denn auch vermocht, die beiden Kardinalen, den Fürstbischof Kopp in Breslau und den Erzbischof Fischer in Köln, die sich sonst auf das bitterste bekämpfen, zu einer gemeinsamen Rundgebung zusammenzuführen. In der ultramontanen „Germania“ erlassen sie folgende Erklärung:

Die Mitteilungen der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ über die diesjährige Bischofskonferenz zu Fulda sind in jeder Beziehung unrichtig.

Köln und Breslau, im September 1911.

N. Kardinal Fischer. G. Kardinal Kopp.

Schon vorher hatte der Bischof von Baderborn in der „Kölnischen Volkszeitung“ mit recht harten Worten die Richtigkeit des oben erwähnten Artikels der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ bestritten, aber immerhin zugegeben, daß in Fulda die Gewerkschaftsfrage besprochen worden ist. Die beiden Kardinalen bestreiten durch ihr kategorisches Dementi auch das und tragen somit selbst Schuld, wenn man ihnen nicht ohne weiteres aufs Wort glaubt. Tatsache ist also, daß sich die Bischöfe auf ihrer Konferenz mit der Gewerkschaftsfrage befaßt haben. Ob sie nun eine Eingabe an den Papst beschlossen haben oder nicht, ist von untergeordneter Bedeutung. Daß die Mehrheit der Bischöfe den katholischen Fachabteilungen größere Sympathie entgegenbringt als den christlichen Gewerkschaften und daß einflussreiche kirchliche Kreise eine Verschmelzung beider Richtungen in der Weise anstreben, daß die christlichen Gewerkschaften den katholischen von der Berliner Richtung sich anschließen, dürfte schwerlich bestritten werden. Also warten wir einmal die Reichstagswahlen ab. Dann wird man ja sehen, ob sich die christlichen Gewerkschaften durch ihr Wüten gegen die Arbeiterinteressen eine weitere Gnadenfrist erkaufen haben oder ob sie, nachdem sie ihre Schuldigkeit getan, zum Eintritt in den Schaffall der „Berliner“ genötigt werden.

Für uns ist der schließlichige Ausgang des christlichen Gewerkschaftsstreites ziemlich gleichgültig. Die neuere Entwicklung der „Christen“ bringt diese ohnehin den aus Prinzip Streikbruch treibenden „Katholiken“ immer näher. Die Arbeiter, welche wirklich bestrebt sind, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, müssen sich den freien Gewerkschaften anschließen. Diese allein sind imstande, die Arbeiterinteressen wirksam wahrzunehmen. Wir brauchen nicht, wie die Christen, auf die Interessen der Kapitalisten und Junker im Zentrum Rücksicht zu nehmen, und der Wille herrschsüchtiger Priester, denen die Not des Arbeiters fremd ist, läßt uns kalt. Wir wissen, daß wir von jener Seite nichts zu erwarten haben und allein auf die eigene Kraft vertrauen müssen. Deshalb haben wir für unser Tun und Lassen nur die eine Richtschnur: Das Wohl der Arbeiter ist uns das oberste Gesetz!

Ueber die Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen, die vom 10. bis 12. August in Budapest tagte, bringt nun auch das „Correspondenzblatt“ der Generalcommission einen Bericht. Wir entnehmen demselben, daß 28 Delegierte von 18 angeschlossenen Landeszentralen vertreten waren. Außerdem waren als Gäste Vertreter der nicht angeschlossenen Zentrale der „Engherzigen“ in Bulgarien und der amerikanischen „Workers of the World“ anwesend. Der Anschluß der letztgenannten Organisation an das Sekretariat wurde abgelehnt. Bekanntlich ist die American Federation of Labor dem internationalen Sekretariat angeschlossen. Der von den „Engherzigen“ in Bulgarien nachgesuchte Anschluß wurde gleichfalls abgelehnt, zugleich aber beschlossen auch die „Weitherzigen“ bis zur nächsten Konferenz außerhalb des internationalen Sekretariats zu stellen. Weiden Gruppen ist die Pflicht auferlegt, bis dahin eine Einigung herbeizuführen. Wiederholte Versuche, eine Verständigung zu erzielen, auch ein solcher, der in einer Vorbesprechung vor der Konferenz unternommen wurde, hatten keinen Erfolg. Aus dem Bericht des Sekretärs ist ersichtlich, daß die in den verschiedenen Ländern unternommenen Versuche, die Regierungen zum Vorgehen gegen den in Preußen eingeführten Legitimationszwang gegen einwandernde Arbeiter zu veranlassen, nur in Italien Erfolg hatten. Die dortige Regierung hat zugesagt, gegen die Einrichtung zu protestieren. Bei den Regierungen der anderen Staaten scheint hierzu keine Neigung vorhanden zu sein. Beschlossen wurde, daß in Zukunft der gedruckte Bericht des internationalen Sekretärs vor Ablauf des auf das De-

richtigjahr folgenden Jahres erscheinen soll. Weiter wurden Regeln für die internationalen Hilfsaktionen aufgestellt und die Voraussetzungen umschrieben, welche erfüllt sein müssen, wenn eine solche Aktion eingeleitet werden soll. Die Veranstaltung internationaler Kongresse an Stelle der jetzigen Funktionärkonferenzen, welche von Frankreich beantragt war, wurde abgelehnt, dagegen auf Antrag der Amerikaner beschloffen, den Landeszentralen das Studium der Frage der Errichtung einer internationalen Arbeiterkonföderation zu empfehlen. Bei Lohnkämpfen und zu weiteren wirtschaftlicher Depression soll das Internationale Sekretariat Rundschreiben erlassen, um die Zuwanderung ausländischer Arbeiter zu verhindern. Weiter beschäftigte sich die Konferenz mit der Frage der Heimarbeit und der Abschaffung der Nacharbeit. Zum internationalen Sekretariat wurde Legien-Werlin wiedergewählt. Die nächste Konferenz wird im Jahre 1913 in Belgien oder der Schweiz stattfinden. In Aussicht wurde genommen, alsdann im Jahre 1915 der Einladung der Amerikaner zu entsprechen und die Konferenz in San Francisco abzuhalten.

Die Aussperrung in der schlesisch-schlesischen Metallindustrie neigt ihrem Ende zu. In Z h ü r i n g e n hat der Industriellenverband die zentralen Verhandlungen aufgegeben und dafür vorgeschlagen, örtliche Verhandlungskommissionen zu bilden, zu denen die Arbeitgeber ebensoviel Arbeiter ernennen wollten, als die Ausständigen ihrerseits wählten. Nachdem die letzteren dies Angebot ablehnten, kam mit der Fahrzeugfabrik Eisenach und der Firma Pelz u. Co. in Erfurt eine Einigung unter Ausschaltung des Unternehmerverbandes zustande. Die Fabriken gewähren 2 bis 3 Pf. Lohnzulage, Ueberstundenzuschläge und einiges mehr. Die Arbeit wurde in diesen beiden Betrieben am 11. September wieder aufgenommen, in den übrigen dauert der Streik fort. In s ä c h s i s c h e n K a m p f g e b i e t haben die Verhandlungen ebenfalls zu einer Verständigung geführt. Den Leipziger Gelbmetallarbeitern, wegen deren Forderungen es zur Aussperrung kam, ist die vollständige Arbeitszeit, Lohnhöhung von 8 bis 10 Pf., je nach Lohnhöhe, Mehrbezahlung der Ueberstunden usw. zugestanden worden und haben diese dem Angebot zugestimmt, so daß auch hier die Arbeitsaufnahme bevorsteht. In Dresden und Chemnitz haben die Unternehmer die Leipziger Einigung gar nicht erst abgewartet und die Aussperrungen schon vorher aufgehoben. Die Arbeitsaufnahme sollte dort bereits am 14. und 15. September erfolgen. Es läßt sich jedoch zurzeit noch nicht übersehen, ob und inwieweit die verschiedenen Differenzen endgültig geregelt sind, so daß vorläufig noch jeder Bezug in diese Aussperrungsgebiete unterbleiben muß.

Ein Schutz- und Trutzhündnis der Kirche und der Christen. Kürzlich ging eine Nachricht durch die Presse, nach welcher eine Konferenz von Führern der christlichen Gewerkschaften und der Kirch-Dunderschen Gewerkschaften stattgefunden hat zu dem Zweck, eine Sammlung der beiden Gewerkschaftsrichtungen gegen die Sozialdemokratie bei der kommenden Reichstagswahl herbeizuführen. Der „Gewerksverein“, das Zentralorgan der Kirche, bezeichnet in seiner Nr. 66 vom 19. August diese Nachricht als Unsinn und erklärte ausdrücklich, daß jene Mitteilung auf Unwahrheit beruht. Welchen Wert dieses Kirch-Dundersche Dementi hatte, erhebt aus der Tatsache, daß derselbe „Gewerksverein“ 4 Wochen später, in seiner Nr. 74 vom 16. September, den Inhalt der Vereinbarungen wiedergibt, die zwischen dem Kirch-Dunderschen Gewerksverein der Maschinenbauer und dem christlichen Metallarbeiterverband getroffen wurden, und die in vollem Wortlaut in den Organen der beiden Verbände abgedruckt sind. Es handelt sich bei den Vereinbarungen um ein förmliches Schutz- und Trutzhündnis, welches seine Spitze gegen den Deutschen Metallarbeiterverband richtet. Dasselbe ist vom 30. August datiert und in Hannover abgeschlossen. Am 15. September ist es in Kraft getreten.

In den Reihen des Deutschen Metallarbeiterverbandes soll angesichts dieses schredlichen Bündnisses der Mühen und Lähmen großes Wehklagen erschallen. Wie groß die Gefahr ist, die dem Metallarbeiterverband droht, geht schon aus den in Betracht kommenden Mitgliederzahlen hervor. Die christlichen Metallarbeiter hatten am Schluß des letzten Jahres 33 983 Mitglieder, die Kirche 40 584, der Deutsche Metallarbeiterverband aber 464 016 Mitglieder. Der „Gewerksverein“, der noch vor kurzem das Tschelmeckel zwischen den Kirchen und Christen mit Entrüstung ableugnete, findet jetzt an dem Bündnis großen Gefallen und wünscht, daß ähnliche Vereinbarungen auch zwischen den christlichen und Kirch-Dunderschen Organisationen der anderen Berufe getroffen werden. Den gleichen Wunsch haben auch wir, doch möchten wir dem edlen Bruderpaar empfehlen, auch die Gelben als dritte in den Bund aufzunehmen. Ist erst diese Gesellschaft bei der Partei, dann ist der eiserne Ring gegen die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften geschlossen. Mit Schaudern sehen wir dem Unheil entgegen, das sich über unseren Köpfen zusammenzieht. . . .

Technisches.

Fachblatt für Holzarbeiter. Beim Durchblättern des soeben erschienenen Septemberheftes kommt uns wieder einmal die Malfestigkeit des Tischlerhandwerks zum Bewußtsein. Von prunkvollen Schiffseinrichtungen führt uns das Heft über elegante Wohnräume, durch die Parais des Sobabauers hin bis zu den Einseherarbeiten des Bauhilfers. Die ersten Abbildungen stellen Gesellschaftsräume aus Dampfern des Norddeutschen Lloyd dar, ausgeführt von der Firma H. G. Schäfer u. Co. in Bremen. Weiter werden Produkte der Berliner Möbelfabrik J. C. Pfaff gezeigt. Robert Bruno schreibt über die Bedeutung der Farbe im Raum. Von dem Verfasser des bekannten Zimmermännchen-Deizbuches stammt eine Abhandlung über die Leuchte und spritzliche Farbstoffe für die Möbeldindustrie. Die Mittelserte über die exotischen Kuch- und Edelholzler findet ihren Schluß, ebenso die Konstruktionszeichnungen zu dem Sofa. Baugeschichte verrät Architekt Schwarz in München in dem Artikel Türstößbefestigung ohne Blindstod. Zahlreiche Abbildungen zeigen uns neuere Werkzeuge für den Beugrahmen, die D. Winkelmüller be-

schreibt. Die Reichhaltigkeit des Inhalts dieses Heftes dürfte das Interesse der Leser sichern. — Mitglieder bestellen das „Fachblatt für Holzarbeiter“ gegen 1 M. pro Vierteljahr am besten bei der örtlichen Verwaltungsstelle des Verbandes, Einzelmitglieder direkt in Berlin, C. 2, Neue Friedrichstraße 2. Im übrigen nehmen auch alle Postanstalten und Buchhandlungen Bestellungen entgegen.

Das Kleinwohnungswesen hat in den letzten Jahren in steigendem Maße das öffentliche Interesse erweckt. Zu den zahlreichen Veröffentlichungen aus diesem Gebiete ist jetzt eine solche aus den Kreisen des großindustriellen Unternehmertums gekommen. Der ehemalige Direktor We in l i g des Dillinger Hüttenwerkes gibt im Verlag Stahlstein in Düsseldorf ein Werk: „Haus und Heim im Kleinen“ heraus, das eine erweiterte Bearbeitung eines Vortrages darstellt, den der Verfasser in der Versammlung eines Vereins der Eisenhüttenleute (Werksbesitzer und -leiter) gehalten hat. Schon dieser Ursprung bedingt, daß es in der Einleitung ohne einen Seitenhieb auf die moderne Arbeiterbewegung nicht ganz abgeht. Diese „Studie zur Förderung des Kleinwohnungswezens“ sollte wohl ursprünglich zur Information der Industriellen dienen, die durch Werkswohnungen die Arbeiter an ihre Betriebe fesseln wollen. In der jetzigen Erweiterung tritt aber die sachliche Behandlung der Kleinhäuserfrage: Bauweise, Einrichtung, Geldbeschaffung usw. in den Vordergrund und dienen dabei 29 Bildtafeln in Schwarz und Farblich zur Illustration. Dem Verfasser muß man anerkennen, daß er die praktischen Fragen mit Ernst und Sachkenntnis behandelt hat. Das Werk kostet gebunden 4,50 M.

Das Holz, vom Gesichtspunkt des Bautechnikers betrachtet, behandelt Prof. Max Förster von der Technischen Hochschule zu Dresden in dem dritten Heft seiner „Baumaterialienkunde“. Nach einer kurzen Abhandlung über den Aufbau und das Gefüge des Holzes werden dessen wichtigsten chemischen und physikalischen Eigenschaften besprochen. Einer kurzen Abhandlung über die wichtigsten Arten der Bauhölzer und deren Nachbearbeitung und Trocknung, die für den praktisch tätigen Holzarbeiter naturgemäß wenig neues bieten kann, folgt ein interessantes Kapitel über die Gefährdung des Holzes durch Fäulen, Hauschwamm, Feuer und Wurmfräß. Zum Schluß wird die bautechnische Prüfung des Holzes behandelt. Das Heft ist in erster Linie zum Gebrauch an den technischen Hochschulen bestimmt. Es ist im Verlage von Wilhelm Engelmann erschienen und kostet 52 Seiten stark geheftet 2 M.

Moderne Küchenmöbel. Unter diesem Titel hat der Verlag von Stephan Schmidt in Berlin eine Sammlung von Entwürfen herausgegeben, die vorher in einer Fachzeitschrift zum Abdruck gekommen sind. Auf 40 Großquartblättern sind 9 komplette Küchen sowie eine Anzahl einzelner Küfettis und Anrichten zusammengestellt. Vorgefunden sind dabei sowohl einfache wie auch reichere Ausführungen. Das Werk kostet in Mappe einschließlich Porto 6,50 M.

Eingefandt.

Zur Konferenz der Stellmacher.

Den Standpunkt des Kollegen Wörz-Mannheim, der die Einberufung der Stellmacherkonferenz für verfrüht erachtet, kann ich nicht teilen. Wenn wir ganze Arbeit leisten wollen, müssen wir nicht nur die Kollegen aus den einzelnen Gauen, sondern aus dem ganzen Reiche zusammenhaben. Wie lange sollten wir beim auf eine gemeinsame Aktion warten, wo die Kollegschaft ganz Deutschlands vertreten ist, wenn erst die einzelnen Gauen zusammentreten sollten, um ihre Meinungen auszutauschen? Wir haben in der Automobilindustrie gegenwärtig Hochkonjunktur, welche voraussichtlich noch einige Jahre anhalten wird. In der Waggonindustrie haben wir die zwei bis drei Jahre des wirtschaftlichen Niederganges hinter uns, und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß wir in den nächsten Jahren mit einem guten Geschäftsgange zu rechnen haben. Auch im Kleingewerbe, das in den letzten Jahren unter einem schlechten Geschäftsgange gelitten, ist in diesem Jahre ein beträchtlicher Umschwung gekommen, daß die Arbeiter gar nicht alle bewältigt werden können, und es steht zu erwarten, daß die Konjunktur auch hier anhalten wird. Aus all diesen Gründen begrüße ich es mit Freuden, daß der Vorstand den Wünschen der Kollegen im Lande Rechnung getragen und die Konferenz einberufen hat. Ich glaube auch nicht, daß die Delegierten unvorbereitet zusammentreten werden, denn vor die Entwicklung der Dinge mit Interesse verfolgt, der muß auch auf dem Laufenden sein, und übrigens hat seit Jahresfrist eine ausgiebige Diskussion über die Angelegenheit der Konferenz in der „Holzarbeiter-Zeitung“ stattgefunden. Ich erinnere auch daran, daß gerade die Mannheimer Kollegen die ersten waren, die eine Konferenz der Stellmacher Deutschlands beantragten. Darum Kollegen, sorgen wir vor allen Dingen dafür, daß die Zeit, die uns bis zur Konferenz noch zur Verfügung steht, zur Agitation und zur Klärung der einzelnen Fragen ausgenützt wird.

Leipzig. Emil Winkler.

Die Einberufung der Konferenz der Stellmacher hält Kollege Wörz-Mannheim für verfrüht und meint in seinem Eingefandt in Nr. 37 dieser Zeitung, die Fragen wären noch nicht genug geklärt. Wann glaubt denn dann Kollege W. den Zeitpunkt für gekommen? Ich möchte bemerken, daß der Zeitpunkt schon reichlich spät ist. Denn schon seit dreiviertel Jahr geht man damit um, auch sind in einer Reihe von Artikeln in der „Holzarbeiter-Zeitung“ die Fragen besprochen worden; ferner sei bemerkt, daß uns doch eine ganze Reihe von Material zur Verfügung steht. Oder haben es die Sektionsleiter und Bezirksstellenverwaltungen veräußert, das Material, was ihnen von seiten des Hauptverbandes empfohlen worden ist, in entsprechender Weise zu verbreiten? Darin wird nach meiner Erfahrung nur zu oft gesündigt. Zur besseren Klärung der auf der Tagesordnung stehenden Punkte sehe ich jedoch mindestens voraus, daß zu jedem Punkt ein geeigneter Referent bestellt wird. Ferner wäre zu empfehlen, daß die Vorname der Delegiertenmahlen beschleunigt würde, damit sich die gewählten Delegierten mit der Materie befassen können, um

auch wirklich nutzbringende Arbeit auf der Konferenz zu leisten. Denn als Verhandlung betrachte auch ich die Konferenz nicht! Was die Tagesordnung anbelangt, so hätte ich erwartet, daß auch die Agitation mit berücksichtigt worden wäre; denn genau so, wie sich die Verhältnisse innerhalb dieses Berufes verändert haben, muß auch die Agitation in anderer Weise gelüftet werden. Die Zuschrift aus Steffin in Nr. 37 der „Holzarbeiter-Zeitung“ kommt mir wie ein Nagel ins Ohr, aber das Varnento wird auch die Kollegen dort lehren Schritt weiterbringen. Deshalb erachte ich es als notwendig, daß auch den Delegierten auf der Konferenz Gelegenheit zur Aussprache über die Agitation gegeben wird. Weiter wäre der Vorschlag der Sektion Hannover zu empfehlen, Bezirkskonferenzen abzuhalten. Wenn in dieser Hinsicht die Sektionen in Gemeinschaft mit den Ortsverwaltungen ihre Pflicht voll und ganz erfüllen, so bin ich sehr überzeugt, daß die Konferenz uns wieder ein gewaltiges Glück vorwärts bringt.

Glauchau.

C. Türpe.

Die Einberufung des Kollegen Wörz-Mannheim wird wohl jedem Leser eigentümlich erscheinen. Es ist des öfteren schon darauf hingewiesen worden, daß in Kürze eine Stellmacherkonferenz stattfinden würde. Wir im Gau Magdeburg hatten im Frühjahr eine Zusammenkunft in Leipzig geplant. Diese wurde dann aber wegen der Reichskonferenz zurückgestellt. Im übrigen ist die Konferenz mit Zustimmung der Gauvorstände einberufen worden; wäre dieselbe verfrüht, so wäre von dieser Seite Einspruch dagegen erhoben worden. Ich halte diese Konferenz durchaus nicht für verfrüht. Es muß mehr wie bisher für die Stellmacher, besonders auf dem Lande, getan werden, und da ist eine allgemeine Aussprache wohl ganz am Platze. Sache der Sektionen ist es jetzt, in ihren Versammlungen sich mit der Tagesordnung der Konferenz ernsthaft zu befassen, dann werden die Delegierten auch wohl vorbereitet zur Konferenz erscheinen und dieselbe nicht als Vergälligen betrachten. Pflicht eines jeden Kollegen ist es jetzt, die Versammlungen regelmäßig zu besuchen und sein Scherflein dazu beizutragen, damit wir diese Konferenz so nutzbringend wie möglich für uns bewerten können.

Leipzig.

Richard Schumacher.

Eine Konferenz der Modellstecher.

In der letzten Zeit ist in Modellstecherkreisen der Wunsch laut geworden, eine Modellstecherkonferenz laden zu lassen. Mir scheint, nicht mit Unrecht, die Vorzommisse allein im letzten Jahre begründet dies zur Evidenz. Seit Erstarken des Metallarbeiterverbandes sind ja bekanntlich die Metallindustriellen von einer Aussperrungsmanie besessen, die uns zu einer präzisen Stellungnahme zwingt. Die Fragen: Was ist Streitarbeit (so paradox es auf den ersten Blick erscheint) und: Wie verhalten wir uns bei Streiks und Aussperrungen den Modellfabriken und -Praktikern gegenüber? dürften die Hauptthemen bilden. Selbstverständlich würde auch manches über Agitation zu sagen sein. Ebenso lehren uns die Erfahrungen, daß wir in Zukunft mehr als bisher die Interessen der Fabrik- oder Ausbäufischer zu berücksichtigen haben. Die Metallindustriellen arbeiten mit Hochdruck am Ausbau ihrer Organisationen, und diese Tatsache zwingt uns, nicht nur eine planmäßige Abwehr zu organisieren, sondern auch im Ernst daran zu denken, Verbesserungen unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen trotz des scheinbaren Uebergewichts der organisierten Unternehmer durchzuführen. Dies ist möglich. Zwar liegen in jedem Industriebezirk die Verhältnisse anders, jeder neue Kampf zeitigt neue Momente. Gleichwohl lassen sich allgemeine Richtlinien aufstellen, die in der Hauptsache ein gemeinsames Vorgehen der Fabrikholzarbeiter ermöglichen. Diesem Zweck müßte vor allem die zweite Konferenz der Modell- und Fabrikholzarbeiter dienen!

Emil Friedrich.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2, bezogen werden.

Die Arbeitslosenunterstützung in Reich, Staat und Gemeinde. Denkschrift der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands für die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches und der Bundesstaaten und für die Gemeindevertretungen. Verlag der Generalkommission, Berlin. Preis im Buchhandel 3 M.

Die Denkschrift berichtet über den gegenwärtigen Stand der Arbeitslosenversicherung in Staat und Gemeinde, zeigt die Leistungen der Gewerkschaften auf diesem Gebiet und gibt in den Anlagen die Bestimmungen der in Deutschland und dem Auslande bestehenden städtischen und staatlichen Arbeitslosenversicherungen wieder.

In die gewerkschaftlichen Organisationen und die in den Landtagsfraktionen und Gemeindevertretungen tätigen Genossen wird die Schrift zum Selbstkostenpreise von 1 M. pro Exemplar abgegeben.

Der Verlag von G. V i t t u. Co. m. b. H., M ü n c h e n, erscheint u. a. mit zwei Schriften auf dem Büchermarkt, die wir unseren Lesern bestens empfehlen können:

Die schärfsten Märdie für die nationale Kinderwelt (1.— M.) bezieht sich die aus der Feder des bekannten Verfassers der politischen Satire: „Warum ich kein Sozialdemokrat bin“ stammende überaus gelungene Bearbeitung der Brüder Grimmischen und Wachsteinischen Märchen im Sinne des Reichesverbandes gegen die Sozialdemokratie. Auch in diesem Wuche erweist sich die eigenartige Bedeutung der politischen Satire im Kampfe gegen die Scharfmacher aller Grade als überaus wirksam.

Das zweite Werk ist ein sozialer Roman: Streif von L. Henheim (geb. 2,50 M., oder in 6 Lieferungen à 40 Pf.), der das Erwachen des Klassenbewußtseins einer ausgebeuteten Arbeiterkategorie und zugleich die Schicksale zweier durch Klassenunterschiede getrennter Liebender überaus anziehend schildert.

Beide Werke erfreuen sich eines vorzüglichen und reichen Bilderreichtums von der Hand eines hervorragenden Münchener Künstlers. Dadurch eignen sich beide Bücher auch zu Geschenkzwecken.

Mittlerkrankheiten. Von Dr. Heinz B i d e l, Frauenarzt. Medizinischer Verlag Schweizer u. Co., Berlin NW. 87. 73 Seiten Oktav. Preis 1,80 M.

